

Benjamin R. Barber:
Coca Cola und Heiliger Krieg.
Wie Kapitalismus und
Fundamentalismus Demokratie und
Freiheiten abschaffen.
Aus dem Englischen Günter Seib,
Scherz Verlag Bern-München-Wien
1996, 1. Auflage, 320 S. (49,80 DM)

Big Mac, MTV und Disneyland sind die Zeichen der neuen Zeit. Die global handelnde westliche Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur, McWorld, vereinnahmt im Unterschied zum Kapitalismus nicht die bestehenden politischen Institutionen und Eliten, sondern »Ideologie (ist) eines seiner hauptsächlichsten und einträglichsten Erzeugnisse geworden ... Hollywood und die Madison Avenue haben die bürgerliche Revolution praktisch überflüssig und die proletarische fast unmöglich gemacht: Es gibt keine ›Arbeiter‹ mehr, sondern nur noch Verbraucher, keine Klasseninteressen, nur noch eine weltweite Popkultur, die die wirtschaftlichen Konturen verflacht und das geistige Spielfeld einebnen.« (S. 85/86)

Benjamin R. Barber, US-amerikanischer Politologieprofessor, entwirft ein kulturpessimistisches Bild der modernen Gesellschaften, denen er kaum mehr Fortschritt zutraut. Gegen die gängigen antiislamischen Vorurteile führt er mit seiner These vom Kampf von McWorld und Dschihad einen Konflikt ein, der Globalisierung und Widerstand gegen sie thematisiert. Die islamischen Fundamentalisten sind insofern nur eine spezifische Erscheinungsform, während die Kämpfer des Dschihad selbst in den USA zu finden sind, z.B. beim »staatsfeindlichen Fundamentalismus der christlichen Rechten« (S. 226).

Während der Dschihad auf Ausgrenzung und dumpfes Stammesdenken setzt, schaffen McWorlds Weltmärkte Strukturen jenseits demokratischer Kontrolle. »Beide erklären dem selbständigen Nationalstaat den Krieg und untergraben seine demokratischen Institutionen.« (S. 10) Natürlich könne man dem auch Positives abgewinnen, »die bisweilen raubgierigen Märkte von McWorld mit der Brille der demokratischen Wahlfreiheit« ansehen und den »Dschihad als Kampf um Selbstbe-

stimmung« (S. 14). Diese positive Sicht hat B. nicht.

Hauptteil des Buches ist die Abrechnung mit McWorld, einer Marktwirtschaft, die keineswegs Demokratie braucht und die Grenzen von Nationalstaat sowie politischer Kontrolle und Begrenzung von Profit niederreißt. Staatliche, demokratische Begrenzung ist aber unverzichtbar, weil weder Vollbeschäftigung noch Umweltschutz durch den privaten Markt zu erreichen sind.

B. erklärt den Siegeszug von McWorld aus der national nicht mehr möglichen Bereitstellung von Rohstoffen und Energie, dem weltweiten Agieren der Unternehmen, dem Eintritt immer neuer Länder in die Globalisierung. Bestimmend sind für ihn mehr und mehr die Dienstleistungen, dabei weist er nach, daß hier die entscheidenden Profite gemacht werden und die USA die Nase vorn haben. »Der Infotainment-Telesector ist das Herz von McWorld und nimmt sich zunehmend wie das Alleineigentum einer Handvoll mächtiger Konzerne aus«. Es geht heute um Monopole über alle Medien und den Zugriff auf Programmproduktion, Leitungen und Hardwareherstellung. (S. 149) Für B. überwiegt dabei am Ende der »kommerzielle Totalitarismus, bei dem ein einziger Wert (Profit) und ein einziger Eigentümer (der Monopolist) alle Unterschiede einebnen, die Wahlfreiheit beseitigen und die Idee der Vielfalt zu einem schlechten Witz macht« (S. 150/151) Das Schlimme daran ist, daß dies nicht das Werk von Verschwörern ist, sondern automatischer abläuft.

Natürlich läßt B.s Analyse manches vermissen. Die ökonomischen Fragen sind sehr eindimensional behandelt, die realen Erfordernisse der Produktion, ihre Chancen und Möglichkeiten bleiben außen vor. Banken und internationale Finanzmärkte mit ihren Spekulationsgewinnen eines »Casinokapitalismus« spielen nur eine Randrolle. Die Umweltfrage wird vernachlässigt. Auch der Automatismus der Monopolbildung und ihre scheinbare übernatürliche Wirkung scheinen fragwürdig. Sie blenden die reale Macht solcher überragenden Positionen von Medienmogulen wie Berlusconi, Turner oder Kirch aus, die bislang vielleicht diese Machtpositionen noch nicht voll genutzt haben – oder es durch das Durchschalten der McWorld-(Un-)Kultur bereits

perfekt betreiben. Unaufgeregt sieht B. im »Dschihad weniger das krasse Gegenteil als die heimliche Ergänzung zu McWorld, mithin eine dialektische Reaktion auf die Moderne und in seinen Merkmalen überhöhte Spiegelung der Vorzüge und Laster der modernen Welt« (S. 169).

Besondere Aufmerksamkeit widmet er den unterschiedlichen Erscheinungsformen des Nationalismus. Dabei unterscheidet B. einen traditionellen Nationalismus frühmodernen Zuschnitts, in dem Integration und Einbeziehung dominierten. Dagegen wirkt der postmoderne Nationalismus zersetzend und ausgrenzend, zerstörerisch und mörderisch. Am Beispiel Deutschlands schließt B., »es könnte der Kampf gegen McWorld sein, der Deutschlands jugendlichen Faschisten und Rocknazis ihre umfangreichste und potentiell gefährlichste Gefolgschaft einbringt« (S. 195). Denn McWorld bringt mit der Vorherrschaft des Profits zugleich soziale Spannungen, Armut und Destruktion, auf die mit solch dumpfem Gegenhalten versucht wird, zu antworten. Das wird dann an den »Übergangsdemokratien« des einstigen Ostblocks demonstriert, in der diese Konflikte besonders offen und hart aufbrechen.

Nach der glänzenden Analyse bleibt der Gegenentwurf farblos und, wenn er seine These von der Demokratiefeindlichkeit von McWorld und Dschihad ernst nimmt, perspektivlos. Er geht davon aus, daß jeder Mensch Konsument wie Bürger ist. Wir müssen uns auf unsere demokratischen Möglichkeiten als Bürger besinnen. Denn: »Demokratie macht Märkte funktionsfähig, indem sie uns die Freiheit der Konsumwahl in der Gewißheit gestaltet, daß wir etwas gegen nachteilige Folgen unternehmen können.« (S. 260) Dieses Korrektiv, möglichst in einer demokratischen Weltgesellschaft, braucht McWorld, weil er sonst seine selbstgeschaffene Welt nicht überleben kann.

Das ist vage, appelliert an den Bürger schlechthin. Eine große verbindende Utopie - einige nennen sie noch heute Sozialismus - fehlt ebenso wie handelnde und strukturierte Akteure. Sicher ist es eine wichtige Schrift zur Verteidigung der Demokratie gegen das globalisierte Profitprinzip. Dafür braucht es soziale Bewegungen und ihre Organisation,

aber ebenso das Begreifen, daß der Nationalstaat sich nicht auflösen läßt ohne Strafe, sondern daß er ein Schauplatz jenes demokratischen Ringens sein muß, um das Profitprinzip einzuschränken. Diese McWorld-Gesellschaft steckt in einer Sackgasse, sie dort herauszubringen, das ist die Aufgabe, die ansteht.

STEFAN BOLLINGER

Helmut Seidel :
Johann Gottlieb Fichte zur
Einführung,
Junius Verlag Hamburg 1997,
156 S. (DM 19,00)

J.G.Fichte ist ein Hauptvertreter der klassischen deutschen Philosophie; sein Denken ist eine der Quellen des Marxismus. In der DDR wurden ihm verschiedene philosophiehistorische Untersuchungen gewidmet, freilich besaß weit größeres Gewicht die Beschäftigung mit der Philosophie Hegels. An Fichtes Philosophie wurde der subjektive Idealismus kritisiert, das Pochen auf die »tätige Seite« im Verständnis des Menschen hingegen gewürdigt. Wenn man auch nicht so weit gehen kann wie M. Adler, der Fichte als den ersten deutschen Sozialisten der Neuzeit bezeichnete, so sind doch seine Volksverbundenheit, seine antifeudalistische Grundhaltung und sein Eintreten für die Hebung der materiellen und kulturellen Lage der körperlich arbeitenden Volksmassen zu würdigen.

H. Seidel hat in der Reihe des Junius-Verlags bereits eine Einführung in die Gedankenwelt Spinozas verfaßt (s. Rezension in UTOPIE kreativ Nr. 52/95, S. 92f.). Wie diese zeichnet sich die vorliegende Arbeit durch klare und verständliche Sprache, übersichtliche Gliederung und sachgemäße Wertungen aus. Der Leser erhält Einschätzungen einzelner Seiten der Philosophie Fichtes, die deren vom Autor eingangs vorgenommene Gesamtcharakteristik überzeugend belegen.

Ausführlich erörtert Seidel die Beziehung Fichtes zu Kant, wobei er treffende Beurteilungen der Kantschen Philosophie vorlegt. Das Epochenerlebnis der französischen Revolution hat in Fichtes Denken, wie in dem fortschrittlicher Zeitgenossen des damaligen

Deutschland, tiefe Spuren hinterlassen, es nachhaltig geprägt. Der Verfasser geht dem in unterschiedlichen Bezügen nach: Eintreten Fichtes für die Freiheit in Denken und gesellschaftlicher Praxis, Verteidigung des Rechts auf Abänderung der Staatsverfassungen durch Willensbekundungen der Bürger, demokratische Einstellung in Fragen von Gesellschaft und Politik, Betonung des Vorrangs der Volksinteressen vor den Interessen des Adels. Insgesamt gibt der Autor eine gut belegte Kennzeichnung der Ideenwelt Fichtes als »radikal-demokratisch« (S. 36). Weniger eindringend geht H. Seidel den historischen Schranken des Fichteschen Demokratismus und ihrer Verwurzelung in den historisch-gesellschaftlichen Bedingungen nach.

Eine gelungene Darstellung der theoretischen Grundlagen der Philosophie Fichtes schließt sich an. Der Autor hebt die prägenden Aspekte dieses Denkens hervor und verdeutlicht in gut argumentierendem Nachvollzug dessen innere Zusammenhänge. Ausgangspunkt der Philosophie Fichtes ist das Subjekt, das Selbstbewußtsein. Hier böten sich Gedankenverbindungen zu heutigem Philosophieren an. Die Erörterung der Kritik Hegels an diesem Ausgangspunkt Fichtes würde, wenn in die Analyse einbezogen, den geschichtlichen Platz des Fichteschen Philosophierens noch mehr verdeutlichen. Die Vorliebe des Autors für einen eher berichtenden als kritisch-analyisierenden Darstellungsstil ist offenbar dem Anliegen einer Einführung in die stellenweise recht dunklen und abstrusen Denkwege des Philosophen geschuldet. Helmut Seidel erläutert in sachgerechter Darstellung den Zusammenhang von Ich und Nicht-Ich bei Fichte, er hebt die Bedeutung der praktischen Wissenschaftslehre hervor und macht auf die Begrenztheit des Fichteschen Begriffs der praktischen Tätigkeit aufmerksam. Stichhaltig ist die Analyse der von Fichte vorgenommenen Herleitung der allgemeinen Überzeugung von der Existenz einer realen Außenwelt. Dabei hätte sich ein Blick auf das Verhältnis von Materialismus und Idealismus in der Philosophie allgemein angeboten.

In den vom Verfasser weniger thematisierten gesellschaftlichen Bedingungen jener Zeit wurzelt Fichtes Proklamation des Rechts auf Eigentum, in der Übernahme der Staatsver-

tragstheorie folgt er Grundpositionen der Aufklärung des 18. Jahrhunderts. Aufmerksamkeit verdienen Seidels Darlegungen über das Verhältnis Fichtes zum Theismus, verbunden mit einigen treffenden Anmerkungen zum »Atheismus-Streit«. Daß Fichte der Religion den Bereich der Moral zuweist, steht im Einklang mit dem fortschrittlichen Denken jener Epoche. Der Verfasser würdigt die besondere Leistung Fichtes als Redner, der mit dem gesprochenen Wort unmittelbar auf die Zeitgenossen wirken wollte. Helmut Seidel verschweigt nicht die Züge einer peinlich wirkenden Deuschtümelei in Fichtes »Reden an die deutsche Nation«; diese Reden waren jedoch im Ganzen dem Streben nach einer progressiven Erneuerung Deutschlands verpflichtet.

Als positive Folgewirkung Fichtes hebt der Verfasser dessen Verdienste um die Ausarbeitung der Dialektik hervor – nach Hegel hat Fichte den ersten vernünftigen Versuch einer Ableitung der Kategorien zustande gebracht –; besonders ist auch, wie der Autor richtig betont, das »tätige Prinzip« im Denken Fichtes zu würdigen, das nicht nur in der Philosophie, sondern auch in der Psychologie und anderen Wissenschaften seine Fruchtbarkeit erwiesen hat.

GOTTFRIED STIEHLER

Aleksander Kochanski: Polska 1944-1991. Informator historyczny. Polen 1944-1992. Historisches Vademecum, Bd. 1. Podzial administracyjny. Wazniejsze akty prawe, decyzje i enuncjacje panstwowe. (1944 bis 1956). Administrative Gliederung. Die wichtigsten Gesetze, staatlichen Entscheidungen und Verlautbarungen. (1944-1956). Wydawnictwo Sejmove, Warszawa 1996, 725 S.

Tatsachen über Tatsachen, nackt und unkommentiert, enthält der erste Band des auf vier Bände angelegten Projekts, in dem polnische Geschichte in flagranti ertappt und festgehalten wird. Chronologisch gereiht, dokumentiert der polnische Autor alle staatlichen Maßnah-

men zwischen dem 21. Juli 1944 und 31. Dezember 1956. Das Buch ist weit mehr als eine Zeittafel oder politische Chronik der Regierungsarbeit in Polen, denn an Hand der ursprünglichen Gesetze, Verträge, Direktiven, Befehle, Rundschreiben, Protokolle usw. usf. wird nicht nur der Gang der Ereignisse eines Jahrzehnts in Innen- wie Außenpolitik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Kirchen festgehalten und damit sichtbar und überschaubar, sondern durch knappe Originalzitate wird auch die jeweils regierungsoffizielle oder (sehr oft) – interne Absicht öffentlich gemacht. Aleksander Kochanski will mit seinem monumentalen Vademecum sowohl Wissenschaftler als auch Politiker an die historischen Tatsachen binden und verhindern, daß diese in »angenehme« und »unangenehme« unterschieden werden, wobei die ersteren jeweils genutzt, die zweiten jeweils unberücksichtigt bleiben, unterdrückt oder umgangen werden. Aleksander Kochanski weiß, daß die Früchte seiner jahrelangen Fleiß- und Sorgfaltsarbeit in polnischen Archiven (die teilweise erst seit der polnischen Wende zu Anfang der neunziger Jahre der Forschung zugänglich sind) und Bibliotheken weder Monographien noch Quelleneditionen und auch nicht Chroniken ersetzen können. Sie sollen das auch nicht. Sie wollen ein unverzichtbares Nachschlagewerk für jeden sein, der historische Ereignisse verstehen und nicht verdrängen will.

Dem Nutzer hilft, daß zu jedem Band (Band zwei, der vor dem Abschluß steht, reicht von 1957 bis 1970 und der dritte Band von 1971 bis 1991) ein Namens- und Sachregister gehört, das im vorliegenden ersten Band knapp 100 Seiten ausmacht, damit der Nutzer nicht im Meer der Tatsachen ertrinke, sondern auf Anhieb finde, was er sucht. Der an polnisch-deutschen Beziehungen interessierte Leser findet z.B. unter den Stichworten »Deutsche«, »Deutschland«, »Deutschland – amerikanische; britische; sowjetische Besatzungszonen«; »Westdeutschland/BRD«; »Deutsche Demokratische Republik«; »Deutsches Rotes Kreuz«; »SS« oder »Waffen-SS«; »Volksdeutsche« oder bei entsprechenden historischen Personen (beginnend mit dem faschistischen Generalgouverneur Hans Frank) Dutzende von Quellenangaben und -aussagen zur jeweiligen Thematik, zu politischen, mi-

litärischen, kulturellen, wirtschaftlichen u.a. Aspekten deutsch-polnischer/polnisch-deutscher Beziehungen.

Ein vierter und letzter Band wird über alle für die Volksrepublik Polen zwischen Juli 1944 und 1990/91 relevanten Persönlichkeiten, Politiker und Diplomaten, Bischöfe und Generäle, Rektoren und Verleger usw. usf. informieren.

Ein »unverzichtbares Handbuch«, das war es, was Aleksander Kochanski vorschwebte, als er an die Arbeit ging. Der erste Band ist nunmehr dem an historischer Wahrheit Interessierten in die Hand gegeben.

GERD KAISER

Johanna Klages und Peter Strutynski
(Hrsg.):
Kapitalismus am Ende des
zwanzigsten Jahrhunderts,
VSA-Verlag Hamburg 1997, 259 S.

Das Jahrhundert geht zu Ende und eine Vielzahl von Wissenschaftlern und Publizisten bemüht sich um die Charakterisierung dieses Zeitalters der Extreme. In die Reihe derer, die sich mit der Herrschaft des Kapitalismus nach der jüngsten radikalen Umwälzung der Geschichte beschäftigen, zählen die 18 Autoren der vorliegenden Schrift. Ihr Anliegen ist verdienstvoll: Unter dem Eindruck der triumphalen Macht des Kapitalismus der Gegenwart versuchen sie in ihren Analysen zur Ökonomie und Sozialstruktur, zu Umwelt- und globalen Problemen sowie zur kulturellen und gesellschaftlichen Entwicklung Veränderungspotentiale aufzuspüren, die für Alternativlösungen zum Bestehenden geeignet sind. Es ist daher ein wichtiges Buch für alle, die einen politischen und gesellschaftlichen Wandel anstreben und dafür mit Erkenntnissen zu neuen kapitalistischen Entwicklungsprozessen gewappnet sein wollen. Nur auf einige wenige, heute in der politischen Diskussion wichtige Fragen kann hier eingegangen werden.

In seinem Beitrag zur politischen Ökonomie des Wohlfahrtsstaates und zum Neoliberalismus kennzeichnet *Herbert Schui* den in der Öffentlichkeit viel zitierten Begriff des Neoliberalismus nicht einfach als eine Wirt-

schaftsdoktrin unter vielen, sondern als eine politische Bewegung, »in der die ökonomische Rechte mit der politischen Rechten eine Verbindung eingeht, um der Epoche des Wohlfahrtsstaates und der Demokratisierung ein Ende zu setzen«. Für die jetzige politische Auseinandersetzung ist wichtig, daß Schui anknüpfend an eine theoretische Kontroverse aus den fünfziger Jahren den Sozialstaat als Verteilerstaat kennzeichnet, der lediglich eine gewisse Korrekturfunktion hinsichtlich der Marktergebnisse haben sollte. »Der Verteilerstaat als nachträgliche Korrektur des Marktergebnisses und damit als materielle Grundlage für ein gewisses Maß an Sozialpolitik war das Äußerste, was sich die politische Rechte angesichts des Kräfteverhältnisses der Nachkriegszeit konzeptionell abringen konnte, um die Restauration des Kapitalismus durchzusetzen« (S. 10). Damit macht er zugleich deutlich – und das scheinen viele Linke nicht zu sehen –, daß der sozialstaatliche Wohlfahrtsstaat dem gesellschaftlichen System nicht immanent ist. Dieser kann in die Lohn-Profit-Relation zugunsten des Massenkonsums eingreifen, hat aber nicht das Recht, selbst politisch zu lenken, obgleich die Möglichkeiten dazu im Grundgesetz mit der sozialen Verpflichtung des Eigentums und der Überführung von Grund und Boden, Natur- und Produktionsmitteln in Gemeineigentum verankert sind.

Die politische Ökonomie des Wohlfahrtsstaates konzentriert sich im Grundsatz auf die Realisierungsfrage, hervorgerufen im entwickelten Kapitalismus durch den Widerspruch zwischen Produktivkraft und Produktionsverhältnis, auf den Versuch, das kapitalistische Produktionsverhältnis so zu reformieren, daß es einen höheren, kollektiven Massenkonsum zuläßt. Mit dem Neoliberalismus als gegenwärtig vorherrschender Gesellschaftslehre lassen sich nach Meinung von Schui die heutigen Herausforderungen nicht bewältigen. Dieser beseitigt jede Form von öffentlichem Eigentum, macht Markt und Wettbewerb zum ausschließlichen gesellschaftlichen Koordinationsinstrument und den schlanken Staat zum autoritären.

Im gleichen Themenkomplex zu Ökonomie und Sozialstruktur begründen zwei andere Autoren, *Joachim Bischoff* und *Georg Fülberth*,

den »Paradigmenwechsel vom sozialdemokratisch-keynesianischen Zeitalter zum Neokonservatismus« (S. 26), der sich als gravierender Einschnitt in die Entwicklung des Kapitalismus seit den siebziger Jahren erwiesen hat. Für J. Bischoff – so in seinem Beitrag »Ende des rheinischen Modells« – ist die neokonservative Ideologie und deren praktisch-politische Umsetzung in den Hegemonialkonstellationen der politischen Systeme Ausdruck einer Systemkrise der kapitalistischen Gesellschaftsformation. Dabei hält er die Frage für klärungsbedürftig, ob sich die kapitalistischen Metropolen am Ende des 20. Jahrhunderts noch in einer sich vertiefenden Krise der fordistischen Betriebsweise befinden oder ob sich mit dem neuen Globalisierungsschub und dem internationalen Verdrängungswettbewerb bereits ein neues postfordistisches Akkumulationsmodell andeutet. Bischoff selbst charakterisiert die »Globalisierung« als einen Reflex der chronischen Überakkumulation der Nationalkapitale, die aus der Diskrepanz zwischen Produktion und Verteilung herrührt und die den Druck der Kapitale aufeinander als Folge stagnierender Märkte bedingt. Er erklärt die Niedriglohnkonkurrenz als neuen Prosperitätspfad für das Kapital zum Mythos, denn eine »Stärkung der Verteilungsposition von Kapital und Vermögen schwächt die Einkommenskreisläufe, damit den privaten und öffentlichen Verbrauch und erzeugt so immer neue deflationäre Anpassungszwänge« (S. 34). Der sogenannte Rheinische Kapitalismus, der auf der Kombination von Kapitalverwertung und sozialstaatlicher Regulierung beruhte, befindet sich jetzt in einer Transformation, die mit der Abschaffung der kollektiv-solidarischen Zukunftsvorsorge auf die Herausbildung eines Zweiklassensystems zu steuert und mit einer Politik der Amerikanisierung die Zerstörung der sozialen und ökologischen Substanz der Gesellschaft bewirkt sowie mit dem »schlanken Staat« den Wandel des Sozial- und Rechtsstaates in einen Sicherheits- oder Kontrollstaat hervorbringt.

Bischoff ist der Meinung, daß diese Entwicklungstendenzen es der politischen Linken und den Gewerkschaften nicht erlauben, einfach die Verteidigung des westeuropäischen Wohlfahrtsstaates auf die Fahnen zu schreiben. Sie müßten zugleich auch ein Zukunfts-

konzept vorlegen, um den sozialen Fortschritt überhaupt verteidigen zu können. Wie dies auszusehen hat, läßt er allerdings offen.

Georg Fülberth hält Erklärungsangebote für den »Erdrutsch« des Kapitalismus (S. 41ff.) in den Jahrzehnten seit 1973 mit den Großbegriffen Postfordismus, Abbau des Sozialstaates, Deregulierung, Privatisierung und Globalisierung nur für scheinbare Antworten. Als Kern des Problems sieht er die seit Mitte der siebziger Jahre konstant steigende Arbeitslosigkeit an. Den von ihm in seinem Beitrag beschriebenen beiden Erklärungsversuchen für die Ursachen und die Behebung der Massenarbeitslosigkeit, der neoklassischen und der neokeynesianischen, weist er einen hypothetischen Charakter zu. Beide Varianten zeigen zudem bei aller Gegensätzlichkeit inzwischen auch eine innere Geschlossenheit. Dieselben Fakten würden für die Argumentation herangezogen, beide halten »zu hohe Löhne« als Ursachen für möglich.

Fülberth bietet neben diesen Erklärungen als dritte Interpretation und Hypothese das Marxsche »Allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation« an, in dessen Mittelpunkt die in der Tendenz steigende organische Zusammensetzung des Kapitals steht. Dies führt nach Marx kontinuierlich zu einer »relativen Überbevölkerung oder industriellen Reservearmee«. Fülberth weist auf Berechnungen zur steigenden organischen Zusammensetzung des Kapitals für die Bundesrepublik aus den siebziger Jahren und auf eine notwendige Weiterführung der festgestellten Trends hin, um die Wirkungen des Gesetzes und auch die entgegengewirkenden Faktoren zu erfassen. Dabei geht er auf neuere Entwicklungen ein. So konstatiert er, daß bei Ersetzung von »großen« Anlagen durch »kleinere«, zum Beispiel beim Einsatz von Computern, nicht mit absoluter Sicherheit auf eine Steigerung der organischen Zusammensetzung geschlossen werden kann. Dies bezeichnet er als »denkbaren Sonderfall«. Dieser schließe nicht aus, daß in der zeitgeschichtlichen Realität der Ersetzung von Arbeitskräften durch nicht unbedingt vermehrten, sondern vielleicht gleichbleibenden oder sogar gesenkten Einsatz von konstantem Kapital eine strategische Bedeutung zukommt. Es ist schade, daß Fülberth bei dieser Feststellung nicht auf die Aussagen von

Marx über die Ökonomie in der Anwendung des konstanten Kapitals zurückgegriffen hat. Hier verweist Marx gerade auf die Tendenz, die auf ihr notwendiges Maß reduzierte Arbeit unter den ökonomischsten Bedingungen anzuwenden, d. h. den Wert des angewandten konstanten Kapital auf ein Minimum zu reduzieren. Und gerade ihr kommt unter den heutigen Bedingungen der Produktivkraftentwicklung als Erklärungsmuster für die Massenarbeitslosigkeit sicher eine wachsende Bedeutung zu.

Aus diesem größten Themenkomplex helfen zwei weitere Betrachtungen, das Bild des Kapitalismus am Ende dieses Jahrhunderts durch Aussagen zur sozialökonomischen Grundstruktur des gegenwärtigen Systems zu vervollständigen. *Sebastian Herkommer* geht in seinem Beitrag auf die Differenzierungen der kapitalistischen Klassengesellschaft ein. Sein Anliegen ist zu diskutieren, inwieweit sich die heutigen Erscheinungen zunehmender Differenzierung, Individualisierung und Pluralisierung sowie Spaltung und Polarisierung sich noch mit der an Marx geschulten Klassentheorie und den überkommenen Instrumenten der Klassenanalyse erfassen lassen (vgl. S. 67ff.). Unter Berücksichtigung einer Vielzahl sozialer Analysen und empirischer Befunde aus der Literatur stellt er fest, daß es starke Argumente gibt, die Veränderungen der Sozialstruktur der Gesellschaft klassentheoretisch zu interpretieren. Im Mittelpunkt steht dabei das Verhältnis von Klassenposition, alltäglicher Lebensweise und sozialem Handeln in seinen veränderten Erscheinungsformen. So ist aus den Untersuchungen ersichtlich, daß man einerseits von einer direkten Entsprechung von Klassenposition und Lebensstil nicht sprechen kann, es aber andererseits auch keine vollständige »Entkopplung« zwischen beiden gibt. Die Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum ist die materielle Voraussetzung, aus der sich die pluralen Formen der Gestaltung des Alltagslebens entwickeln können.

Aus den Ergebnissen der Arbeiten von Reinhard Kreckel und Pierre Bourdieu und der eigenen Forschung zu dem Phänomen der »neuen Armut« zieht Herkommer Schlußfolgerungen zur Präzisierung und Erweiterung der Marxschen Klassentheorie. Er übernimmt die These, daß das abstrakte Klassenverhält-

nis von Kapital und Arbeit als strukturelle Bedingung trotz mancherlei Veränderungen weiterbesteht, während gleichzeitig die diesem Klassenverhältnis entsprechenden konkreten Klassen ausdifferenziert und überlagert worden sind. Hinzukommt der Einfluß anderer diese Beziehungen modifizierender Mechanismen, wie z. B. die Wirkungen sozialstaatlicher Umverteilung, so daß man heute weder von einer weitgehenden Einheitlichkeit objektiver sozialstruktureller Lagen noch von einer dadurch gegebenen strikten Ableitung klassegebundenen sozialen Handelns ausgehen kann. In seinen abschließenden Hervorhebungen wird deshalb als Voraussetzung effektiver politischer Programmatik u. a. auch darauf hingewiesen, daß unter diesen Bedingungen dem politischen Inhalt und den Formen der Interessenwahrnehmung auf den verschiedenen umkämpften Feldern eine besondere Bedeutung zukommt, daß Interessen heterogener Segmente zu bündeln sind.

Die Veränderungen in den materiellen Produktionsbedingungen, wie sie sich in den unterschiedlichsten Konzepten und Analysen seit den siebziger Jahren niederschlagen, untersucht *Peter Strutyński* unter der Überschrift »Was kommt nach Ford und Taylor?« (S. 82ff.). Ausgangspunkt ist für ihn das aus Japan stammende Produktionskonzept »lean production«, das heute äußerst unterschiedlich bewertet wird – als universelles Erfolgsmodell industrieller Arbeits- und Managementorganisation oder kritisch im Hinblick auf seine japanische Spezifik und seine jüngsten ökonomischen Effekte. Der Autor setzt seine Sicht früher an. Er geht auf den Wandel in den sozialen und wirtschaftlichen Beziehungen, auf den »Paradigmenwechsel« in der Arbeitsorganisation und Betriebsweise der siebziger Jahre ein. Deren Sachverhalte schlagen sich im »Umwelt- und Ressourcenverständnis«, in den wieder deutlich auftretenden Erscheinungen von Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit, in der Krise der bislang dominierenden Produktionstyps und in den neuen Produktionskonzepten vor allem mit dem umfassenden Einsatz computergesteuerter Maschinen nieder – dargestellt in den »Grenzen des Wachstums« des »Club of Rome«, in den Arbeiten von Michael Piore und Charles Sabel, von Horst Kern und Michael Schumann,

in der französischen Regulationstheorie und in der wirtschaftsgeographischen Diskussion.

Der Rückgriff auf Ergebnisse wissenschaftlicher Untersuchungen der letzten Jahrzehnte ist für Strutyński Grundlage einer äußerst kritischen Wertung der neuen Produktionskonzepte und den mit ihnen verbundenen Effekten. Für ihn ist der Toyotismus keineswegs auf emanzipatorische Ziele oder auf Humanisierung der Arbeitswelt gerichtet, sondern auf eine höhere Effektivität der Produktion. Damit überwinde er die fordistisch-tayloristische Produktions- und Arbeitsweise nicht; genauso wenig wie die Grundmuster der großräumigen Produktionsstrukturen. Ferner zeige der industrielle Alltag in der Bundesrepublik, daß nicht die »neuen Produktionskonzepte« mit ihren auf Humanisierung, Requalifizierung und Erweiterung von Gestaltungsspielräumen gerichteten Prinzipien auf dem Vormarsch sind, sondern die Perfektionierung fordistisch-tayloristischer Arbeitsmethoden auf unterschiedlichen Ebenen und in vielerlei Gestalt. Letztlich – so die Schlußfolgerung Strutyńskis – verschleiern die Begriffe »Postmoderne« oder »Postfordismus« durch ihre Überbetonung der neuen Seiten des Produktions- und Reproduktionsprozesses die teilweise modifizierte, aber immer noch herrschende fordistische Produktionsweise.

Zu den globalen Problemen dieser Welt nehmen vier Autoren Stellung. Von ihnen behandelt *André Leisewitz* Trends und Dynamik der Umweltbelastungen am Ende des 20. Jahrhunderts (S. 111 ff.). Er wertet gleich anfangs, daß dieses »mörderischste Jahrhundert« auch als ein Jahrhundert der Umweltzerstörung in die Geschichte eingehen wird, weil die Dynamik der kapitalistischen Entwicklung langfristig und mit ihrer globalen Auswirkung zu einer Beeinträchtigung der natürlichen Lebens- und Produktionsbedingungen geführt hat. Er zeigt das anschaulich an dem »nicht mehr aufzuhaltenden und nur noch in seiner Intensität zu beeinflussenden Klimatrend« aufgrund des sehr raschen Konzentrationsanstiegs von Kohlendioxid in der Atmosphäre. Zu diesem tragen zu 70 Prozent die industrialisierten Länder des Nordens die Verantwortung. Eine Umkehr der Entwicklung scheint nicht in Sicht. »Das Problem« so der Autor »liegt darin, daß die gesellschaftlichen

Koalitionen, die über Bewegungen, sozialen Druck und Veränderung der politischen Mehrheiten eine umweltverträglich Konversion der Produktionsweise einleiten könnten, noch keine Konturen angenommen haben« (S. 121).

Dieter Boris nimmt zu den Metamorphosen des »Nord-Süd-Konflikts« am Ende dieses Jahrhunderts Stellung (S. 152 ff.). Er wirft die interessante Frage auf, inwieweit die Erringung der politischen Unabhängigkeit und die ökonomisch-soziale Entwicklung die Grundstrukturen für Unterentwicklung aufheben konnten, oder ob sich lediglich ein Wandel des gleichen Zustandes von Elend und Fremdbestimmung feststellen läßt und der alte Konflikt nur gering modifiziert weiterbesteht. In seiner Antwort hebt er hervor, daß mit Unabhängigkeit und stärkerer Kontrolle über die nationalen Ressourcen zumindest die Chance für eine sozialere und ökonomisch ausgeglichene Entwicklung geschaffen wurde. Jedoch – so weist der Autor nach – zeigen sich in der Realität ganz unterschiedliche Entwicklungen in verschiedenen Zeitperioden unter differenzierten Einflußfaktoren und mit divergierenden Effekten. Boris stellt z. B. für die sich in den sechziger Jahren gegenüber den in den dreißiger bis fünfziger Jahren befreiten Ländern aufgrund der wiederhergestellten Weltmarktbeziehungen einen geringeren Spielraum fest, der vor allem in den Ländern Afrikas durch die Entfaltung des Fordismus in den kapitalistischen Zentren und den immer stärkeren intra-industriellen Austausch zwischen diesen zu Stagnationstendenzen und einem Rückgang ihres Anteils am Welthandel geführt hat. Äußerst widersprüchliche Konsequenzen für die »Peripherie« zeigten sich mit dem »Erdrutsch« in den Metropolen am Beginn der siebziger Jahre, anfangs der Höhepunkt der relativen Einheit des »Südens« und ein ernsthafter Dialog zwischen ihm und dem »Norden«, dann unter äußerst verschiedenartigen Entwicklungsbedingungen und Einflußfaktoren die Paralyisierung des politischen Gewichts der Dritten Welt und ein außerordentlicher Differenzierungsprozeß zwischen ihren Ländern und Regionen. Im Ergebnis hat sich der Charakter des Nord-Süd-Gegensatzes modifiziert, ohne die alten Ausbeutungsbeziehungen aufzuheben.

Dem Autor ist es in diesem relativ kurzen

Beitrag überzeugend gelungen, die Komplexiertheit, neuen Dimensionen und Erweiterung der Probleme des »Nord-Süd-Konflikts« darzulegen. Er plädiert daher zum Schluß folgerichtig für einen »neuen Internationalismus«, einen erneuerten globalen Entwicklungsdialo, der viele Facetten haben muß, aber vor allem das Wirtschafts- und Konsummodell der Industrieländer ebenso wie die Fiktion einer nachholenden kapitalistischen Industrialisierung auf Weltebene zur Disposition stellt.

Interessante Aspekte der gesellschaftlichen und kulturellen Entwicklung im heutigen Kapitalismus enthalten die fünf unter der Rubrik Individuum, Kultur und Gesellschaft zusammengefaßten Beiträge. Ohnehin ist es in Kapitalismus-Analysen äußerst selten, etwas über die »Globalisierung per Musikvideo«, über die Rolle von Techno als Massenbewegung oder über das »Bedeutungsfeld« neuer Begriffe, ihren Hintergrund und ihre Vergänglichkeit nachzulesen. Hier kann man es und sollte es auch tun, denn – so ist eine Fragestellung – wer redet heute noch von Zivilgesellschaft, »Globalisierung« ist die Erklärung sämtlicher gesellschaftlicher Vorgänge.

Johanna Klages hat sich den »gesellschaftlichen Individualismus« vorgenommen (vgl. S. 195 ff.). Sie verweist darauf, daß vor nicht allzu langer Zeit der Individualismus als positiver Wert der westlichen Welt den »Kollektivgesellschaften« des »realen Sozialismus« entgegengesetzt wurde. Jetzt beklage man den fehlenden »Gemeinsinn« und den vorherrschenden Egoismus. Die verschiedenen Diskussionen dazu – die Autorin geht dabei auf die Kommunitarismus-Debatte ein – suchen nach einem »Konzept der liberalen, pluralen oder demokratischen Gemeinschaft«, bei dem sie einen Konsens zwischen individueller Freiheit und kollektiver Ethik nicht einmal zu begründen in der Lage sind. Johanna Klages selbst stellt den gesellschaftlichen Bezug des Phänomens dar. Sie kennzeichnet den Individualismus als eine der sozialstrukturierten Gesellschaft adäquate Verhaltensweise, durch die gesellschaftlichen Strukturen bestimmt, die aber paradoxer durch das »individualistische« Handeln der Menschen selbst erzeugt, aufrechterhalten und legitimiert werden.

Der Kapitalismus am Ende des Zwanzig-

sten Jahrhunderts ist nicht am Ende. Die Überlegungen in den letzten beiden Beiträgen des Buches – zur Geschichte eines Perspektivenwechsels und zur Transistorik des Kapitalismus im Zuge seiner Vollendung – lassen den interessierten Leser unbefriedigt zurück. Sicher, man kann angesichts der gegenwärtigen Situation Verständnis aufbringen, daß die verschiedensten, auch utopischen Visionen entwickelt werden, wie beispielsweise im Artikel von *Friedrich Tomberg* von der Weltgesellschaft (S.249 ff.), der »Notwendigkeit eines alle Nationen umfassenden politischen Weltverbundes von sozialstaatlicher Qualität« als »politische Formation einer Übergangsgesellschaft«. Eine Sicht auf die sich heute formierenden Veränderungspotentiale, wie sie sich in der praktischen Politik, in antikapitalistischen Konzepten oder Aktionen linker Parteien wieder zu zeigen beginnen, hätte das Bild vom heutigen Kapitalismus jedoch mehr abgerundet.

Trotzdem regt das Buch insgesamt sehr an, Kapitalismusanalyse und -kritik auszubauen, um Antworten auf aktuelle Fragen der Zeit zu finden.

GRETCHEN BINUS

Ron Ridenour:

Kuba. Ein »Yankee« berichtet,
hrsg. von E.F. Fürntratt-Kloep,
PapyRossa Verlag Köln 1997,
296 S. (29,80 DM)

»Kuba. Ein ›Yankee‹ berichtet« – der Titel des Buches verheißt nichts Gutes. Wer sich, wie der Rezensent, seit geraumer Zeit mit der größten Antilleninsel beschäftigt, weiß um das Lagerdenken hinsichtlich der Bewertung der revolutionären Wirklichkeit. So kommt es wie befürchtet: Der US-amerikanische Journalist Ridenour bekennt sich im Vorwort zu seiner Sympathie gegenüber Kuba, um dann gleichzeitig ein paar Zeilen weiter von der Pflicht zur Wahrheit des Journalisten zu berichten. Wer sich mit Kuba auseinandersetzt, hat es schwer. Das Beispiel Ridenour offenbart das Dilemma: Die verschiedenen Lager, reaktionäre Exilkubaner oder bedingungslose

Freunde der Revolution, beherrschen die Szene. ›Wahr‹ oder ›unwahr‹ wird schnell zur Glaubensfrage und verkehrt sich in ein ›für‹ oder ›gegen‹ Kuba.

Umso bemerkenswerter, was der seit einigen Jahren auf Kuba lebende US-Bürger in Zusammenarbeit mit dem österreichischen Psychologieprofessor Fürntratt-Kloep geleistet hat. Trotz der Befürchtungen weckenden Einleitung ist weder ein dreihundertseitiges Pamphlet, das die Revolution bedingungslos verteidigt, noch eine ermüdende Abhandlung von ökonomischen Entwicklungsprozessen in Form von abstrakten Zahlen dabei herausgekommen. In einem für den Leser spannenden Wechsel von wissenschaftlicher Analyse und exemplarischen Erlebnisberichten werden vor allem die letzten drei Entwicklungsphasen des kubanischen Sozialismus vorgestellt.

Die Auswahl ist gut getroffen, stellt doch z.B. die 1986 begonnene erste Phase, die *Berichtigung begangener Fehler und negativer Tendenzen (Rectificación)*, eine kubanische Besonderheit dar. Hier wurde im Gegensatz zur Perestrojka Gorbatschows der Weg der Rezentralisierung von wirtschaftlicher Entscheidungsgewalt in der Ökonomie gewählt. Nicht materielle, sondern moralische Anreize im Sinne Che Guevaras sollten den aus kubanischer Sicht »ausufernden Materialismus« zügeln und neue Arbeitsformen (Gruppenarbeit, Mikrobrigaden) sollten der Entfremdung am Arbeitsplatz Einhalt gebieten sowie den gesellschaftlichen Charakter der Arbeit wieder hervorheben.

Die zweite Phase beschreibt die problematischen Auswirkungen des Zusammenbruchs des »Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe« (RGW) und die auf Kuba. Mit dem Wegbrechen von annähernd 90 Prozent der Außenhandelsbeziehungen und einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von ca. 35 Prozent durchlebte Kuba die schwerste Wirtschaftskrise aller ehemaligen RGW-Länder. Doch anstatt diese Fakten für sich allein stehen zu lassen, gelingt es Ridenour, dem Leser zu vermitteln, warum das kubanische Volk in seiner Mehrheit eine »sozialistische Transformation« will. Dazu läßt er den Mulatten *Sigi*, erster Maat auf einem Steuerboot, seine persönliche Revolutionsgeschichte schildern – seinen Kampf mit CHE in Afrika, die Verbes-

serungen für die farbige Bevölkerung sowie die Besonderheiten der kubanischen Alltagskultur. Diese personifizierten Beispiele erklären mehr als manche soziologische Untersuchung und vermitteln auf ansprechende Weise, woraus der Tropen-Sozialismus noch immer seine Kraft zieht.

Der Teil, in dem die dritte und letzte Phase, der beginnende ökonomische Strukturwandel ab 1993, beschrieben wird, ist mit der spannendsten. In unverblümter Offenheit werden die Herausforderungen und fast unlösbaren Probleme angesprochen. Eine Geldpolitik, die über Preiserhöhungen Liquidität abschöpfen will, aber letztendlich nur zu einer dramatischen Umverteilung und Konzentration führte; eine Verteilung des Landes der Staatsfarmen auf kleine Kooperativen, die aber fast alle unrentabel arbeiten; Zuckerernten, die nur noch durch externe Kredite gesteigert werden können, wobei gleichzeitig der zusätzliche Gewinn durch die exorbitanten Zinssätze (18 bis 20 Prozent) wieder aufgefressen wird.

Aber auch in der Kubaliteratur neuartige Themen werden problematisiert, wie das mögliche Entstehen einer »Zivilgesellschaft« und die von ihr ausgehende Gefahr für das Einparteiensystem. Logischerweise bringt es jede Öffnung nach außen mit sich, daß sich nach innen Partikularinteressen ausbilden: Günstlinge des Tourismussektors, die an einem Tag an Trinkgeld soviel verdienen wie manch Zuckerrohrschneider in einem Monat; Kubaner, die über verschlungene Kanäle Dollarzuweisungen von ihren Verwandten und Freunden aus dem Exil erhalten und treue Parteigänger, die aufgrund der Konfrontation ihre Beziehungen abbrechen und jetzt die »Verlierer der Krise« sind, oder wissenschaftliche Institutionen, die verstärkt Reformen einfordern und ihre Verbindungen zum ausländischen Wissenschaftsbetrieb intensivieren.

Ridenour schafft es aufzuzeigen, wie die Exilanten versuchen, ihre ehemals auf Konfrontation ausgelegte Strategie zu verändern, indem sie auf subtile Weise die genannten Partikularinteressen zu fördern versuchen. Und doch ist die tradierte Kubapolitik immer noch existent. Der externe Druck auf Kuba wird durch die Inkraftsetzung des Torricelli-Gesetzes und des Helms-Burton-Akts schärfer denn je fortgeführt.

Ridenour versäumt es auch nicht, die Leistungen des kubanischen Staates hervorzuheben. Ausführlich beschreibt er die Fortschritte in der Biotechnologie und zeigt implizit Möglichkeiten auf, inwieweit sich Kuba aus der Gefangenschaft einer »Extraktionsökonomie« sowie von der tendenziellen Verschlechterung der Austauschbedingungen zwischen Industrieländern und Rohstofflieferanten befreien kann.

In seinem Buch schafft es Ridenour, sich von einer segmentierten Betrachtung der kubanischen Transformation zu lösen und verschiedenen Aspekte der heutigen kubanischen Gesellschaft in ihrem Zusammenhang darzustellen. Dabei wandelt er auf einem schmalen Grat zwischen Verteidigung der revolutionären Errungenschaften und der Kritik getroffener Entscheidungen. Er verliert nicht die Balance und vermeidet, aus seiner Analyse Handlungsanweisungen abzuleiten. Was *wahr* oder *unwahr* ist, für jenes *für* oder *gegen* Kuba muß sich ausnahmsweise einmal der Leser selbst entscheiden.

ANDREAS BÜCHNER

Thomas Eckardt:
Arm in Deutschland. Eine sozialpolitische Bestandsaufnahme,
Olzog Verlag Landsberg am Lech
1997, 119 S. (16,80 DM)

Deutschland ist ein reiches Land. Auch 1997 übertraf der private Vermögenszuwachs alle Erwartungen. Insgesamt verfügten die Privathaushalte der Bundesrepublik über ein Geldvermögen in Höhe von 5,2 Billionen DM. Das Immobilien-, Betriebs- und Gebrauchsvermögen liegt, statistischen Erhebungen zufolge, sogar noch deutlich darüber. Aber mit dem Umfang des Vermögens wuchs die Ungleichheit seiner Verteilung. Das heißt, mit dem Reichtum vergrößerte sich, spiegelbildlich, zugleich die Armut. Die Kluft zwischen Arm und Reich vertieft sich und die Gesellschaft der Bundesrepublik dokumentiert sich immer mehr als eine zutiefst gespaltene Gesellschaft. Die Fakten belegen dies unzweideutig.

An dieser Tatsache kommt auch die Wissenschaft natürlich nicht vorbei, ebensowenig wie die Politik. Bisher waren es vor allem die

Gewerkschaften und die Kirchen, die die wachsende Armut thematisierten. In den letzten Jahren jedoch regte sich auch wissenschaftliches Interesse. So etwas wie eine Armutsforschung gibt es seit den achtziger Jahren, größtenteils ist diese aber begrenzt auf bestimmte Untersuchungsfelder und Lebensbereiche wie Arbeitslosigkeit, Wohnverhältnisse, Gesundheit etc. (vgl. zum Beispiel die Arbeiten von Hauser, Habich, Hanesch, Glatzer, Döring u.a.). Eine umfangreiche und breit angelegte Studie zur wachsenden Armut im vereinigten Deutschland wurde erstmals mit dem »Armutsbericht« des DGB und des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes 1994 vorgelegt. Das hier vorgestellte Buch knüpft daran an. Vor allem geht es dem Autor darum, aktuelle Tendenzen auszumachen und die analytischen Forschungsergebnisse in einen größeren gesellschaftlichen Zusammenhang zu stellen. Daß der Rahmen dafür zu klein gewählt wurde (119 Seiten) und der theoretische Ansatz entschieden zu kurz greift, veranschaulicht, vor welchen Schwierigkeiten die Wissenschaft steht, wenn sie ein in der »Wohlfahrtsgesellschaft« weitestgehend tabuisiertes Thema aufgreift.

Noch größer allerdings sind die Schwierigkeiten, vor welchen die Reichtumsforschung steht, denn hier existiert neben dem theoretischen Problem auch noch ein empirisches, die Nichtverfügbarkeit von Daten. Reichtum und Armut aber gehören zusammen, kausal wie definitorisch. Die moderne bürgerliche Gesellschaft als polarisierte und immer weiter auseinander driftende Gesellschaft läßt sich nur als Einheit dieser Gegensätze begreifen.

Eckardt beginnt seine Darstellung mit einem historischen Exkurs zur Armut. Dabei lehnt er sich weitestgehend an das bekannte Standardwerk von Bronislaw Geremek (»Geschichte der Armut«) an. Unvermittelt folgt dann ein Kapitel über die Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland von 1950 bis 1990. Hierin wird deutlich, daß es während der achtziger Jahre hier zu relevanten Veränderungsprozessen gekommen ist (»neue Armut«). Daran schließen sich Ausführungen zu Maß- und Definitionsproblemen der Armut an. Der Autor plädiert dafür, den Armutsbegriff heute »verzeitlicht«, »biographisiert« und »sozial entgrenzt« aufzufassen. »Die so-

ziale Ungleichheit wird beweglicher, verbreiteter und verstreuter, damit zugleich aber auch schlechter wahrnehmbar« (S. 30). Die Zunahme von Armut korreliert ganz offensichtlich mit der Ausprägung der bundesdeutschen Gesellschaft als »Risikogesellschaft« (Ulrich Beck) und »Erlebnisgesellschaft« (Gerhard Schulze), aber auch mit ihrer stärkeren Liberalisierung und Deregulierung, ihrer konsequenteren marktwirtschaftlichen Orientiertheit. Politisch ist sie ein Ergebnis der christlich-konservativ-liberalen Politik seit 1982. Eckardt arbeitet den Unterschied zwischen »alter« und »neuer« Armut heraus und weist auf die Schwierigkeiten hin, die sich aus dem Versuch ergeben, mit alten Wahrnehmungsmustern und Begriffen »neue« Erscheinungen erfassen und interpretieren zu wollen. Er selbst verfährt hier hauptsächlich deskriptiv. Theoretische Erklärungen wie normative Wertungen werden weitestgehend ausgespart, wodurch nicht wenige Fragen offen bleiben. Nicht geklärt wird zum Beispiel die Frage, ob kapitalistische Globalisierung und Individualisierung zwangsläufig zur Zerstörung der Fundamente des Wohlfahrtsstaates führen oder ob es nicht auch andere Optionen gibt. Offen bleibt auch, ob eine »Amerikanisierung« der Lebensverhältnisse in Europa wünschenswert ist oder nicht.

In einem nächsten Abschnitt werden die »Hauptbetroffenen« der »neuen Armut« vorgestellt: Alleinerziehende, Kinder, Jugendliche, Alte, Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger, Migranten, Obdachlose. Besonders einprägsam wird die »Kinderarmut« geschildert, die inzwischen die »Altersarmut« als klassische Hauptform der Armut abgelöst hat (vgl. S. 55f.). Hierin spiegelt sich die eigentliche Krise (»Sklerose«) der bundesdeutschen Gesellschaft wider: Die über 65jährigen verfügen über drei Viertel(!) des Geld- und Immobilienvermögens, während immer mehr Kinder in Armut aufwachsen. »Gerontokratie« des Reichtums und »Infantilisierung« der Armut – ein typisches Erscheinungsbild der Polarisierung unsere Gesellschaft und bezeichnend für die Bundesrepublik Deutschland an der Schwelle zum nächsten Jahrtausend. Bedrohlich und beängstigend, auch wenn es stimmt, daß in dem »Omnibus der Armut« immer wieder andere Fahrgäste sitzen und die meisten

nur für eine bestimmte Wegstrecke. Ähnlich aussichtslos wie mit den Kindern, die in Armut aufwachsen, verhält es sich mit den Arbeitslosen. Inzwischen glaubt niemand mehr an eine Halbierung der Arbeitslosenzahlen oder an eine Reintegration der Langzeitarbeitslosen. Die soziale Ausgrenzung von Millionen Menschen – und es werden immer mehr – stellt jedoch nicht nur das Sozialsystem vor Probleme, sondern auch die Gesellschafts- und Sozialordnung ernsthaft in Frage.

Im vierten Kapitel behandelt Eckardt Lösungsvorschläge für das Armutsproblem. Diese betreffen Maßnahmen auf den Gebieten der Beschäftigungspolitik, der Wohnungspolitik, der Sozial- und Familienpolitik sowie deren Neuordnung und dergleichen mehr. So sinnvoll wie diese Maßnahmen im einzelnen auch sind, am Trend der Entwicklung würde ihre Umsetzung nichts ändern. Der »soziale Grundkonsens« der Bundesrepublik würde auch bei einer vollständigen Umsetzung dieser Maßnahmen zerbrechen. Die Polarisierung der Gesellschaft schreitet derart massiv voran, daß ein Maßnahmenkatalog wie der hier vorgestellte das Auseinanderdriften der Gesellschaft bestenfalls verzögern würde. Das weiß letztlich auch der Autor. Deshalb macht er gegen Ende des Buches ein paar vorsichtige Andeutungen, in welche Richtung gedacht werden müßte, wenn man eine wirkliche Lösung des Problems anstreben würde. Dabei ist unterstellt, daß weder die moralisierende Kirche noch die Sozialausschüsse der etablierten Parteien, noch die Caritas-Verbände usw. eine wirkliche »Lösung« wollen. »Dringend erforderlich wäre ein neues soziales Paradigma, nach welchem Einkommen durch einen Mechanismus verteilt wird, der nicht länger auf Arbeit beruht« (S. 112). Bedeutet das die Aufhebung der »Arbeitsgesellschaft« und des »Leistungsprinzips«? Ausführungen dazu wären interessant, finden sich aber leider nicht in dem vorliegenden Buch. Dieses schließt mit einem Zitat von Denis Diderot: »Ist der [Tagelöhner] unglücklich, so ist die Nation unglücklich« (S. 115) – ich weiß nicht, ob sich heute noch eine Nation glücklich nennen könnte, die überwiegend aus glücklichen [Tagelöhnern] besteht, aber darüber urteilen die Tagelöhner sicher anders als die Unternehmer.

ULRICH BUSCH

Wolfgang Dümcke, Fritz Vilmar (Hg.): Kolonialisierung der DDR – Ergänzungsband 1996, Neun ergänzende Studien zu dem 1995 von Dümcke und Vilmar herausgegebenen, im agenda Verlag Münster erschienenen Sammelband »Kolonialisierung der DDR. Kritische Analysen und Alternativen des Vereinigungsprozesses«. Projektgruppe Vereinigungspolitik, Berlin 1996, (Unkostenbeitrag 20,00 DM)

Eine lesenswertere, leider nur im Manuskriptdruck vorliegende Buch ist anzuzeigen. Vilmars Projektgruppe Vereinigungspolitik schreibt die These von der Kolonialisierung der DDR mit neuen und meist klar untermauernden Studien fort (vgl. die Rezension von Judith Dellheim in: »UTOPIE kreativ«, Nr. 65). Nachdrücklich weist Vilmar alle Kritik an dieser These zurück. Er erinnert daran, daß es nicht unbedingt von der subjektiven Befindlichkeit abhängt, ob jemand kolonialisiert wurde oder nicht. Selbst die Argumentation, daß die im ersten Jahrfünft der Einheit nach Ostdeutschland transferierte eine Billion DM nicht Ausdruck einer Politik nach Kolonialherrenart sei, läßt der emeritierte FU-Professor nicht gelten. Vielmehr mußten »50 bis 70 Prozent dieses Transfers ... zur Verhinderung eines totalen sozio-politischen Zusammenbruchs gezahlt werden«. Letztlich ist dieses Geld wieder »in Gestalt von Nachfrage ... nach Westdeutschland geflossen«. Zu Lasten des Steuerzahlers wurde so eine von Anfang an fehlerhafte Politik betrieben (vgl. S. 201). Die Transfers dienten also dazu, die Kolonie zu sichern und ausnutzbar zu machen. Bleibt anzumerken, daß dies den historischen Erfahrungen mit (glückloser) deutscher Kolonialpolitik entspricht. Schon für das Kaiserreich waren die Kolonien letztlich immer ein Verlustgeschäft, für das die Steuerzahler, also meist die Arbeiter, aufkommen mußten.

Allerdings ist diesmal der politisch und letztlich wirtschaftliche Gewinn trotz aller Fehlkalkulationen für einflußreiche Teile der deutschen Wirtschaft und der politischen Klasse wie ihrer intellektuellen Helfer deut-

lich größer. Denn ein ernsthafter politisch-sozialer Konkurrent konnte ausgeschaltet werden und das vereinte Deutschland hat seine volle politische wie militärische Souveränität zurückerlangt. Und, das unterschätzt möglicherweise die Projektgruppe, auch viele Ostdeutsche haben direkt oder indirekt von der Einheit profitiert und wollen sie – trotz erheblicher Zweifel an dem jetzigen System – nicht wieder missen.

In den Studien werden in Ergänzung bzw. Fortschreibung des Ausgangswerkes noch einmal wichtige Felder dieser ungleichen Einheit beleuchtet. *Jens Roelke* rekapituliert die verfassungsrechtliche Kontroverse um die Vereinigung nach Artikel 23 oder 146 des Grundgesetzes. Anschluß an die bestehende, »nicht verbesserungsbedürftige« Altbundesrepublik oder gemeinsam Suche nach einer »neuen Bundesrepublik«, das stand 1990 als Alternative. Die Entscheidung einer Mehrheit der DDR-Bürger bei den Wahlen 1990, dann aber auch einer gesamtdeutschen Mehrheit für die immer noch regierende Koalition entthob diese von jeder Infragestellung des bundesdeutschen »Erfolgsmodells« einer kapitalistischen Gesellschaft. Die hat wichtige demokratische und soziale Errungenschaften, obwohl diese nach dem Ende der DDR und dem Wegfall des Konkurrenzsystems mehr und mehr ausgehöhlt werden.

Diese Mehrheitsentscheidung brachte den DDR-Bürgern den Verlust ihrer demokratischen emanzipatorischen Ansätze und verschob auch für die Alt-BRD eine ernsthafte Verfassungsreform auf den Sankt-Nimmerleins-Tag. In der westlich dominierten Diskussion und ihren Resultaten wurden »die Befindlichkeiten der Bürger der DDR ... nicht beachtet. Teilweise wurden diese vielmehr zu einer mehrheitsunfähigen und damit verfassungsunmündigen Randgruppe degradiert« (S. 48).

Erstmals wendet sich die Projektgruppe der PDS als einem wichtigen ostdeutschen politischen Akteur zu, auch wenn hier schon tiefergehende Analysen vorliegen. Die demokratischen Sozialisten dürfte erfreuen, daß bei aller Kritik (Umgang mit dem Parteivermögen, Geschichtsaufarbeitung) der Autor, *Bernd Söll*, nicht umhin kommt, der PDS eine »Freiheitliche demokratische Grundordnung« zu konstatieren die das Bundesverfassungsgericht von

demokratischen Parteien fordert« (S. 74). Selbst die Kommunistische Plattform wird von dem gelegentlich aufgebauchten Popanz auf das reale Maß ihres Einflusses und ihrer widersprüchlichen politischen Aussagen zurechtgestutzt.

Breiten Raum nehmen ökonomische und wirtschaftspolitische Analysen ein. So untersucht *Roland Stüber* die Währungsunion vom 1. Juli 1990 und *Ilona Wiesejahn* befaßt sich mit der Rolle der Bundesregierung bei der Definition und Abwicklung der sogenannten Altschulden. Obwohl die Autorin in ihrer Bewertung moralisierend an das Problem herangeht, verdeutlicht sie doch, daß die Altschulden für die Bundesregierung ein wesentliches Kampfmittel zur Zerstörung der ostdeutschen Wirtschaftsstrukturen darstellten. Bundesregierung und westdeutsche Wirtschaft nahmen dabei schwere soziale Auswirkungen bewußt in Kauf. Vor allem war dies eine Schachzug, um die bundesdeutschen Banken zu den eigentlichen Gewinnern der Einheit zu machen. Bei voller Risikoabsicherung durch die Bundesregierung machten die Banken die wahren Schnäppchen auf dem Einheitsmarkt. Sie entlasteten zwar den Bundeshaushalt hinsichtlich eines Teiles der öffentlichen Schulden, wurden aber gleichzeitig zu privilegierten Nutznießern der Einheit. So kaufte z.B. die Berliner Bank die aus der DDR hervorgegangene Berliner Stadtbank: Kostenpunkt 49 Millionen DM und damit die Übernahme von 11,5 Milliarden DM Altschulden (vgl. S. 128).

Weitere Studien befassen sich mit der ostdeutschen Wirtschaftsentwicklung zwischen 1994 und 1996, der Situation der ostdeutschen Landwirtschaft seit 1989 und den Auswirkungen der Einheit auf den Arbeitsmarkt. Gerade hier gingen von den einst 9,8 Millionen Arbeitsplätzen 3,5 Millionen (40 Prozent) verloren (vgl. S. 155). Das dürfte die entscheidende soziale Problemlage Ostdeutschlands mit Langzeitwirkung sein.

Vilmar spitzt seine Kritik am Kolonialisierungsprozeß in einem Appell an die ostdeutsche Linke zu, über eine »zweite Wende« nachzudenken. In ihr sollen die positiven Züge der DDR im Hegelschen Sinne aufgehoben und gleichzeitig die demokratischen wie ökologischen Umbaubedürfnisse der bundesdeutschen Gesellschaft verwirklicht werden.

Problematisch bleibt auch bei dem Ergän-

zungsband, daß über die Kolonialiserten wiederum sehr pauschal geschrieben wird. Die Askaris und Kompradoren, wenn es sie denn gibt, bleiben unterbelichtet. Auch die möglicherweise in dieser Kolonialisierung übertragenen zivilisatorischen Leistungen und Angebote der Altbundesrepublik, die auch für Linke 1989/90 als erstrebenswert galten, werden ausgeklammert. Und es bleibt naturgemäß außen vor, wie die Kolonialisatoren sich unter dem Eindruck der Kolonialisierung selbst verändern. Denn der wirtschaftliche Transformationsprozeß ist vor allem auch Austesten des Erfolgs und der Durchschlagskraft neoliberaler Wirtschaftskonzepte in einem beispiellosen Großexperiment. Dieser Prozeß führte zur Zerstörung einer eigenständigen ostdeutschen Wirtschaftslandschaft, gleichzeitig war und ist er ein Testfeld und ein Minenaufspüren für die neoliberale Wende, die mittlerweile gleichfalls die alten Bundesländer erreicht hat.

(Zu bestellen ist das Buch über: Prof. F. Vilmar, Fachbereich Politische Wissenschaften der Freien Universität Berlin, Ihnestr. 22, 14195 Berlin)

STEFAN BOLLINGER

Bernd Röttger:
Neoliberale Globalisierung und
eurokapitalistische Regulation.
Die politische Konstitution
des Marktes,
Verlag Westfälisches Dampfboot
Münster 1997, 252 S. (39,80 DM)

»Globalisierung« – kaum ein anderer Begriff hat in den letzten Jahren für soviel Furore in Politik und Wirtschaft gesorgt wie dieser. Aus dem gewaltigen Gebirge an Literatur, das zur Würdigung und Auseinandersetzung mit dieser – inzwischen fast schon mystischen – Kategorie aufgefaltete wurde, ragen im deutschsprachigen Raum drei Einzelgipfel hervor. Dies ist zum einen das Buch von Birgit Mahnkopf und Elmar Altvater zu den »Grenzen der Globalisierung«, in dem der für das kapitalistische System charakteristische Widerspruch zwischen Globalisierungstendenz und Globa-

litätsziel in seinen vielfältigen Dimensionen auf ca. 600 Seiten kritisch aufgearbeitet wird. Zum zweiten wäre hier »Die Globalisierungsfalle« von Hans-Peter Martin und Harald Schumann zu nennen, die Globalisierung vor allem als politische Kapitulation vor den scheinbar übermächtigen Zwängen eines sich ausweitenden und vertiefenden Weltmarktes kritisieren. Den dritten Gipfel bildet schließlich das hier zu rezensierende Buch von Bernd Röttger.

Während in den beiden zuerst genannten Schriften das analytische Konzept entweder durch die Komplexität der bis in ihre feinsten Verästelungen verfolgten Problemlagen eher an Schärfe verliert oder durch die Fülle der präsentierten empirischen Befunde nahezu verschüttet wird, zeichnet sich Bernd Röttgers Analyseversuch gerade durch die Klarheit von theoretischer Konzeption, wissenschaftlicher Zielstellung und methodischem Vorgehen aus. »Im Gegensatz zur neuen ›Kultur der Kritik‹ soll in der vorliegenden Arbeit eine gesellschaftlich gehaltvolle Kritik des Marktes vorgestellt werden, indem die Frage nach den hintergründigen Strukturen neoliberaler Globalisierung ... gestellt wird und die ›ideologischen Formen‹ ausfindig gemacht werden, in denen, Marx zufolge, die gesellschaftlichen Konflikte bewußt gemacht und ausgeglichen werden« (S. 11).

Röttger verfolgt genaugenommen drei Ziele. Erstens soll die dem Kapital von Anfang an eigene Globalisierungstendenz in ihrer gegenwärtigen Ausprägung konkret historisch bestimmt werden. Um dies zu leisten, setzt der Autor bei der vor allem in Frankreich entwickelten »Regulationstheorie« und bei der »neogramscianischen Globalen Politischen Ökonomie« an und versucht diese – nach eingehender Kritik – in bezug auf die angestrebte Erklärung des »Globalisierungsphänomens« weiterzuentwickeln. Zentrale Bedeutung erlangt dafür die These, daß »die Einheiten des ökonomischen Komplexes nicht selbst ökonomisch, sondern politisch (sind)« (S. 117). Es sind jeweils spezifische politische Verhältnisse, die staatsvermittelt die ökonomischen Strukturen, insbesondere den Markt, konstituieren. Insoweit macht es auch keinen Sinn von »reinen« oder gar »entstaatlichten« Marktverhältnissen zu reden. Wenn also das

Wesen der gegenwärtigen Form der urkapitalistischen Globalisierungstendenz entschlüsselt werden soll, geht es – nach Röttger – folglich darum, »die Ausbildung eines neuen Regulationskomplexes kapitalistischer Reproduktion im neoliberalen Staat zu enthüllen« (S. 118). Die Verflechtung von allgemeiner Tendenz und konkret-historischem Hegemonialprojekt der dominierenden sozialen Gruppen verdichtet sich so zu der Einsicht, daß »neoliberale Globalisierung ... in dieser Perspektive als eigenständige Formation des historischen Kapitalismus (erscheint)« (S. 118). Das die fordistische Entwicklungsepoche des historischen Kapitalismus ablösende Akkumulationsregime und die ihm entsprechende Regulationsweise werden so als politisches – von der Renaissance des Neoliberalismus als ökonomisch-politischer Basistheorie vorbereitetes (vgl. S. 140) – Projekt begriffen, durch das die Sackgassen fordistisch strukturierter Produktions- und Verwertungsprozesse überwunden werden sollen. Der durch die Erschöpfung von Produktivitätsreserven des fordistischen Akkumulationsregimes bei gleichzeitigem Fortbestehen sozialstaatlicher Umverteilungsmechanismen wachsende Druck auf die Profitrate des transnational agierenden Kapitals soll dadurch gemindert werden, daß ein neues Akkumulations- und Regulationsregime politisch durchgesetzt wird – »der Neoliberalismus offenbart seinen gesellschaftlichen Gehalt als Projekt massiver Umverteilung des gesellschaftlichen Surplus...« (S. 167).

Zweitens will Röttger Entstehungsvoraussetzungen und die innere Verfaßtheit des »neuen kapitalistischen Akkumulations- und Regulationsmodells« ergründen. Den Kern neoliberaler Globalisierung verortet er in einer tiefgreifenden Umgestaltung der kapitalistischen Grundstrukturen zwischen Lohnarbeit und Kapital. Um dem, die Entwicklung der kapitalistischen Formation entscheidend bestimmenden Tendenzgesetz vom langfristigen Fall der Profitrate (vgl. S. 135) entgegenzuwirken, setzt der hegemoniale Block von transnational agierenden Unternehmereliten – als »transnationale Herrschaftssynthese des Kapitals« (S. 120) – mittels einer »passiven Revolution« (S. 137) über die politischen Institutionen des Nationalstaates eine Anpassung der gesell-

schaftlichen Reproduktionsstrukturen durch, die als »Verbetriebswirtschaftlichung sozialer Beziehungen« (S. 174) beschrieben werden kann. »Der Kern des Transformationsprozesses neoliberaler Globalisierung wurzelt darin, daß der Abbau gesellschaftlicher Regulation vor allem durch die Transformation der keynesianischen, sozial- und wohlfahrtsstaatlichen Regulationssysteme und der Erosion flächendeckender Tarifpolitik mit einem Prozeß des neoliberalen Umbaus der Gesellschaften korrespondiert, in dem sich die Dominanz betriebswirtschaftlicher Regulationsmuster und die Stilisierung kapitalistischer Regulation zum universellen Entwicklungsmuster entfalten können« (S. 29). Vor diesem Grundprozeß enträtselt sich das »Geheimnis des schlanken Staates« (S. 134) als Zurückdrängung der Staatsfunktionen, die in Richtung auf sozialstaatliche Intervention und auf eine partielle »Dekommodifizierung des Lohnverhältnisses« (S. 139; vgl. auch S. 182) gewirkt haben. An ihre Stelle tritt die Instrumentalisierung der Politik durch den hegemonialen Block zu – mit dem Argument fiskalischer Knappheit legitimierten – »staatlich vermittelten Angriffen auf Lohnersatzleistungen« (S. 184), wodurch für die Löhne eine »Spirale nach unten« in Gang gesetzt wird. Der schon voreilig für alle Ewigkeit ausgemachte »säkulare Trend zur Verstaatlichung im historischen Kapitalismus« (S. 62) wird im Zuge der neoliberalen Globalisierung durchbrochen, bereits überwunden geglaubte Phänomene sozialer Entsicherung brechen erneut auf und finden ihren gesellschaftlichen Nährboden in einer Spaltung der Arbeitsmärkte nach dem Qualifikationsniveau und nach der (internen wie externen) Verfügbarkeit bestimmter Arbeiterkategorien. »Im Neoliberalismus/Postfordismus ... werden gesellschaftliche Strukturen etabliert, die die Kapitalinteressen systematisch präferieren, indem die Klasse der Lohnabhängigen gespalten und deren Interessenorganisation geschwächt wird« (S. 180).

Seine immense Durchschlagskraft erhält das hegemoniale Projekt neoliberaler Globalisierung allerdings erst durch eine transnationale »Erweiterung des Staates« über Verhandlungssysteme, Netzwerke und Entscheidungsverfahren innerhalb von Blockbildungs- bzw. Integrationsprozessen. Erst über die Heraus-

bildung z.B. eines eurokapitalistischen Regulationszusammenhangs und »betrieblicher Strategien »euro-optimaler« Reorganisation zwischenbetrieblicher Arbeitsteilung« (S. 150) kann die nationalstaatlich exekutierte Anpassungspolitik an die Kapitalverwertungsinteressen – als von außen, alternativlos aufgeherrscht durch den »stummen Zwang« der Weltmarktverhältnisse – mystifiziert werden. Die strategischen Interessen des hegemonialen Blocks werden so als »Sachzwänge« politisch inszeniert, um die geronnenen sozialen Strukturen des fordistischen Klassenkompromisses aufzubrechen und neue Durchsetzungsformen kapitalistischer Vergesellschaftung zu organisieren (vgl. S. 153). Das eurokapitalistische Herrschaftsprojekt stellt sich also dar als »Symbiose aus Neoliberalismus (als ideologischer Form der Bewußtmachung historisch konkreter Interessen – A. H.) und kapitalistischer Globalisierung (als allgemeiner Tendenz kapitalistischer Entwicklung – A. H.)« (S. 161). »Kapitalistische Globalisierung gebiert sich als Prozeß neoliberaler Globalisierung« (S. 20), der zwar über die Verallgemeinerung betriebswirtschaftlicher Logik neue Profitmargen zu erschließen vermag, in dem sich aber der Regulationsbedarf ausdifferenzierter Gesellschaften katastrophisch als Krise der sozialen Integration (von Massenarbeitslosigkeit über die Informalisierung von Wirtschaft und Politik bis zur bedrohlichen Verfestigung krimineller Strukturen) zurückmeldet.

Die Zuspitzung sozialer Widersprüche im »postfordistischen Globalismus« (S. 9) fordert geradezu eine grundstürzende Kritik der sich neu konstituierenden sozioökonomischen Verhältnisse heraus. In der (von Röttger so bezeichneten) neuen »Kultur der Kritik« formiert sich allerdings an Stelle des notwendigen analytischen Ansatzes eine moralische »Kritik des entfesselten Marktes und der neoliberalen Ideologie«, die nicht zum eigentlich relevanten »reproduktiven Zusammenhang von Ökonomie und Politik« vorzudringen vermag. Drittens geht es Röttger daher um die »Revitalisierung politökonomischer Kritik des Kapitalismus« (S. 14) und um die Perspektiven marxistischer Kritik der Politik. Der Schlüssel dazu liegt für ihn zunächst in einer »Theorie der Niederlage« (S. 204), der es ge-

lingt, das historische Versagen des »fordistischen Marxismus« aufzuarbeiten und zu neuen Ufern vorzudringen. Und diese neuen Ufer werden für Röttger weniger durch die Gestalt eines neuen Projekts des Übergangs zum Sozialismus als vielmehr durch die Rekonstruktion des Terrains des Klassenkampfes markiert. Als wesentliches Element einer solchen klassenkämpferisch erneuerten Kritik der politischen Ökonomie stellt er zunächst den Bezugspunkt »Europa« heraus. Es geht um einen »neu zu begründenden europäischen Marxismus, (der) ... Europa zu seinem Projekt erhebt« (S. 207). Eine Forderung, die sich allerdings angesichts des ursprünglichen Universalitätsanspruchs der Marxschen Theorie und angesichts der vor der Menschheit stehenden globalen Herausforderungen etwas borniert ausnimmt. Einige der von Röttger in diesem Zusammenhang vorgestellten Überlegungen sind jedoch durchaus bemerkenswert. Gegen die Tendenz zum Einrichten in den Verhältnissen fordert er z.B. nicht weniger als »die Durchsetzung eines alternativen Vergesellschaftungsmodells jenseits des kapitalistischen Lohnverhältnisses« (S. 206), das seine »radikale Dekommodifizierung« (S. 205) zum Ziel hat.

»Gut gebrüllt Löwe!« – nur bedürfte es dazu, nach der von Röttger selbst explizierten theoretischen Konzeption, eines entsprechenden hegemonialen Blocks an der Macht. Aber gerade der Mangel an einem »revolutionären Subjekt« erweist sich (nachdem »die Arbeiterklasse« sich anscheinend stillschweigend aus ihrer »historischen Mission« verabschiedet hat) als die eigentliche offene Wunde eines erneuerten Marxismus – wozu Röttger allerdings auffallend wenig zu sagen weiß.

Nachdrücklich hervorzuheben bleibt am Ende jedoch, daß Bernd Röttger ein überaus wichtiges, weil mit analytischer Präzision und kritischem Anspruch geschriebenes Buch vorgelegt hat, dessen Lektüre zudem durch den lebendigen und ästhetisch anspruchsvollen Stil des Autors erleichtert, aber leider auch durch relativ viele Druckfehler (etwas) beeinträchtigt wird.

ARNDT HOPFMANN

Eva Kaufmann, Ursula Schröter und Renate Ullrich:

»Als ganzer Mensch leben.

Lebensansprüche ostdeutscher Frauen«, trafo verlag dr. wolfgang weist Berlin 1997, 214 S., (29,80DM)

Wer Künftiges im Vergangenen sucht, wird sich unweigerlich dem Vorwurf der Nostalgie aussetzen. Schlimmer noch: Innerhalb des herrschenden Diskurses wird der Vorwurf der »Ostalgie« laut, wenn der Ort der Zukunftssuche gar DDR heißt. Zum Glück haben sich die Autorinnen des fünften Bandes der Reihe »Auf der Suche nach der verlorenen Zukunft« nicht schrecken lassen von dieser Aussicht. Sie, drei Wissenschaftlerinnen der DDR-Nachkriegsgeneration, glaubten, daß es sich lohnen könnte, in dem Vergangenen nach Utopiemomenten zu suchen, die »die Borniertheit der Apparate in der DDR, die Rückständigkeit von Partnern, die eigene Inkonsistenz überlebt« haben (Vorwort der Herausgeberin). Sie sind dabei zu Resultaten gelangt, die west- wie ostdeutsche Frauen gleichermaßen interessieren dürften. Ihr Gegenstand sind weibliche Lebensansprüche, die – gewachsen in patriarchalen DDR-Verhältnissen – heute, unter den Bedingungen eines ganz anderen Patriarchats, ungleich schwerer zu verwirklichen sind und doch nicht kleinzu kriegen. Zusammenfassen lassen sie sich mit dem Wunsch, »als ganzer Mensch zu leben«.

Die Soziologin Ursula Schröter untersucht, wie die Gleichberechtigungs- und Frauenpolitik der SED die Lebensbedingungen der Frauen in der DDR veränderte und dabei – gewollt und ungewollt – auch neue Ansprüche hervorbrachte. Sie arbeitet Ansätze für das Aufbrechen tradiert Geschlechterverhältnisse heraus, aber auch Ursachen für das Scheitern eines grundsätzlichen Wandels.

Die Erfahrungen der Widersprüchlichkeit des »anderen« Patriarchats wirken bis heute nach, wenn Frauen zu bewerten suchen, wie weit ihnen Emanzipation in der DDR gelang: »Wir haben uns mit Bildung, Beruf und Wunschkindern zufriedengegeben. Heute wissen wir ja auch, daß das nicht wenig ist.« Oder »Ich will die DDR nicht zurück, aber ich will

auch keinen Haushaltsvorstand und kein Dienstmädchen.« Solche Interviewäußerungen zeigen, daß die alten Konflikte ein höheres Niveau der Probleme mit der Emanzipation markieren als die heutigen. Dabei erweist sich als unbestreitbarer Vorzug, daß die Soziologin das gegenwärtige kapitalistische Patriarchat mit der Kenntnis des vergangenen sozialistischen analysieren kann.

Der Wunsch, ein ganzes Leben zu leben – wie neuere Untersuchungen zeigen, kein ausschließlich ostdeutsches und weibliches Bedürfnis – scheint in der DDR in besonderer Weise genährt und gestützt worden zu sein. Ursula Schröter erwähnt in diesem Zusammenhang die Tatsache, daß in der DDR Betriebe nicht nur Produktionsstätten, sondern auch »soziale Orte« waren – was heute als Indiz des »Unmodernen« gilt. Ursula Schröter nimmt diesen gern gen Osten gerichteten Vorwurf zum Anlaß für sehr anregende Reflexionen darüber, was eigentlich das heute »Zeitgemäße« sein könnte: Das herrschende Verständnis der Modernisierung erscheint fragwürdig, wird es aus der Sicht der Überlebensmöglichkeiten der menschlichen Gattung auf diesem Planeten betrachtet. Als nötig erweist sich eine Präferenzierung der »Arbeitsgesellschaft« gegenüber einer »Leistungsgesellschaft«. Da wird die »ungebrochene Erwerbsneigung« der ostdeutschen Frauen gerade in ihrer Verbindung mit der »ungebrochenen Vereinbarkeitsneigung« als »noch nicht verlorene Zukunft« behauptet.

Am Ende ihres Kapitels stellt Ursula Schröter, darin typisch Ostfrau, sozialwissenschaftliche Ansätze von Männern vor, die einen Ausweg aus der Misere der gegenwärtigen Leistungsgesellschaft suchen und dabei globales, feministisches und ökologisches Denken zusammenbringen. Sie nimmt dies als Zeichen dafür, daß Männer auf der Suche nach Zukunft sind, und als Zeichen ihres – sich zumindest entwickelnden – Unbehagens im sie selbst deformierenden Patriarchat.

Daß mit dem, was Ostfrauen vereinbaren woll(t)en, mehr gemeint war und ist als Arbeiten und Kinderkriegen, wird auch deutlich im Kapitel der Theaterwissenschaftlerin Renate Ullrich. Im Mittelpunkt ihrer Betrachtungen stehen Schauspielerinnen und ihre Entwicklung in der DDR: Christine Gloger,

Petra Kelling, Cornelia Schmaus, Walfriede Schmitt, Jutta Wachowiak, Angelika Waller...

Sie haben nicht weniger beansprucht, als mit ihrer Arbeit die Kultur ihres Landes zu prägen. Ihre persönlichen Lebensgeschichten weisen Erfolge, Niederlagen, Verletzungen auf, die den besonderen Entstehungs- und Wirkungsbedingungen von Kunst in der DDR geschuldet waren: »erwartet – verboten – gebraucht«. Das gibt einem Kapitel die Überschrift. Und aus vielen Interviews, Stückanalysen, Diskussionsprotokollen, Film(entstehungs)geschichten filtert die Theaterwissenschaftlerin, »daß die Zukunftsträchtigkeit von Frauenbildern und Bildern von Geschlechterverhältnissen nicht in erster Linie vom Grad der Emanzipiertheit der dargestellten Figuren bestimmt wird, sondern vor allem vom Grad und der Art und Weise der Emanzipiertheit der Darstellerinnen«. Denn die dargestellten Frauenfiguren waren fast ausnahmslos Erfindungen von Männern; wie auch die Regisseure meist männlich. Eine Konstellation, die der Geschlechterhierarchie in der DDR im Hinblick auf »Leiter« und »Geleitete« im allgemeinen entsprach. Dennoch sahen sich die Frauen eher als Komplizinnen der Männer im Ringen um Emanzipation in den eng gezogenen Grenzen menschlicher Entfaltungsmöglichkeiten denn als weiblicher Widerpart im Geschlechterkampf. An- und erregend, wie die Schauspielerinnen rückblickend ihre Gestaltungsspielräume schildern und sie vergleichen mit den heute gänzlich anderen Bedingungen ihrer Arbeit. Petra Kelling resümiert, was ihr geblieben ist: »Dieses Nichtzuteilende ist meine Sehnsucht. Daran quält man sich kaputt. Wenn man es einmal geahnt oder zu leben versucht hat, ist es einem auf Dauer nicht zu stehlen.«

Die Themen der Germanistin Eva Kaufmann heißen: Frau und Berufstätigkeit, Frau und Kind(er), Frauen und Männer. Betrachtet wird die Literatur von Frauen aus der Zeit vor 1989. Anders als in den Beiträgen der Soziologin und der Theaterwissenschaftlerin, in deren Texten ausdrücklich aus dem historischen Abstand zurückgeblickt wird, reflektiert die Literaturwissenschaftlerin gewissermaßen den »unschuldigen« weiblichen Blick, der noch nicht berührt ist von den Erfahrungen des Scheiterns der DDR und dem »anderen«

Patriarchat. Freilich liest die Autorin diese Bücher heute anders als vor zehn, gar vor zwanzig Jahren. In Werken, in denen Christa Wolf damals den »Geist der realexistierenden Utopie am Werke« sah, interessiert sie nun der Aspekt der »verspielten Zukunft«.

Der Text der Literaturwissenschaftlerin gerät zu einem Kompendium der Problem-sicht von Schriftstellerinnen der DDR. »In keinem anderen Land hat es vergleichsweise einen so nachhaltigen Vorstoß schreibender Frauen in die literarische Szene gegeben.« (S. 87) Diese Literatur reflektierte Erfahrungen nicht nur einer Elite. Sie wurde zum Dokument realer weiblicher Existenzbedingungen in der DDR, von Konflikten, Hoffnungen, Illusionen – und war gerade aus diesem Grund für viele »Lebensmittel«. Wer glaubt, sich nicht mehr erinnern zu können, »wie es wirklich war«, lese hier nach. Zu finden sind vor allem eine kritische Bilanz des Emanzipationsprozesses in der DDR und auf dieser Grundlage Entwürfe für eigenständige alternative Lebensgestaltung. Schriftstellerinnen und ihre Protagonistinnen wie Amanda, Franziska Linkerhand, Christa T. oder Maxi Wanders authentische Interviewpartnerinnen wollten ihren Beruf anders auszufüllen als Männer und anders, als die Gesellschaft es ihnen vorschrieb. Sie erstrebten partnerschaftliches Zusammenleben. Dafür jedoch befanden sie Gesellschaft wie Partner für veränderungsbedürftig. Sie forderten die Verantwortung der Männer für die Kinder. Sie machten aufmerksam auf die konfliktreiche Situation alleinerziehender Mütter. Mit dem, was vom gescheiterten Gesellschaftsversuch übrigblieb, scheinen auch die Vorschläge für die Zukunft abgewickelt. Deshalb dieses Buch.

Alle drei Autorinnen bekennen sich ausdrücklich zu ihrer Subjektivität. Es ist auch ihr Leben, das hier zur Diskussion steht. Wie sollte da ihre Rückschau frei sein von emotionaler Beteiligung. Vermutlich ist dies der Grund, weshalb das Buch sich gut liest. Auch da, wo die Argumentationen nicht ganz schlüssig sind (etwa in dem Exkurs über die »jetzt Aktiveren« und die »rundherum Hoffnungslosen«). Durch die kenntnisreiche Darstellung der Literaturwissenschaftlerin, der Soziologin und der Theaterwissenschaftlerin ist ein sehr informativer Band entstanden, von

großer Nachdenklichkeit. Die drei Autorinnen setzen einen Haltepunkt in »dieser Gegenwart, in der wir alle rast- und ratlos funktionieren, obwohl wir doch wissen, daß es nicht weitergehen wird, wenn es so weitergeht, wie es jetzt geht...« (S. 9)

ANGELIKA HAAS/ RENATE LIEBSCH

Kurt Faller/Bernd Wittich (Hrsg.):
Abschied vom Antifaschismus,
Frankfurter Oder Editionen Frankfurt
(Oder) 1997, 488 S. (29,80 DM)

Im Titel fehlt das Fragezeichen. Fragloser Abschied bedürfte wohl keines erklärenden Buches. Die Hrsg. machten es denn auch, weil sie gegen die »Abwicklung des Antifaschismus in Deutschland« sind und »eine Neubegründung« befürworten (S. 9).

Der Politologe Wittich, Bürger der DDR bis fast zum bitteren Ende, tut deren »offiziellen Antifaschismus« (S. 26) nicht einfach als erledigt ab, unterzieht ihn vielmehr im einflussreichen Beitrag scharfsinniger Kritik. Die überzieht ab und an (so schon auf S. 11, wenn sie dem Antifaschismus eine »vollständige ›Aneignung‹ durch den deutschen Stalinismus« attestiert), führt aber in Abgrenzung vom aktuellen, »regierungsamtlich mobilisierten Anti-Antifaschismus« (S. 18) durch differenzierendes Fragen (Abschied wovon, warum und wie?) zur Antwort hin: *Kein* Abschied von antifaschistischer Erfahrung und Verpflichtung (S. 40).

Der Mitherausgeber, vormals Funktionär der westdeutschen Vereinigung VVN-BdA, verdeutlicht, daß Antifaschismus »auch eine sehr persönliche Sache« ist (S. 44) – weswegen, ließe sich hinzufügen, der Abschied von ihm ebensowenig zu verordnen wäre wie seine Annahme. Bemerkenswert ist Fallers Deutung von »Antifaschismus und Antikommunismus als Staatsdoktrinen der beiden Teile Deutschlands«, als jene »ideologischen Schutzschilder der beiden Vorposten des Kalten Krieges«, welche nun »ausgedient« haben (S. 42).

So ist vollends klargestellt, was das Geleitwort nicht recht erkennen läßt: Die Hrsg. befassen sich keineswegs mit ursprünglichem

Antifaschismus, eher schon mit dessen Traditionen, hauptsächlich aber mit abgeleiteten Ideologien. Doch mangelt es an Trennschärfe. Der Leser vermißt Definitionen, zitiert und kritisch kommentiert, für Faschismus und Antifaschismus. »Anmerkungen zur Debatte« (S. 432-447), überfrachtet mit Literaturangaben, sind in einem »Arbeitsbuch politisch-historischer Bildung« kein annehmbarer Ersatz.

Walter Markov dachte schon 1947 über ein »Ende des Antifaschismus« nach: Wenn die Bedrohung der menschlichen Freiheit die »verschiedenartigen Gegenkräfte ungewollt und ungefragt zu einer Notgemeinschaft zusammengepreßt« hatte, entfiel dann mit dem Faschismus und der gemeinsamen Abwehrlinie gegen ihn auch »der Berührungspunkt«, der »aufrechte Katholiken, Protestanten, Juden, Liberale, Sozialisten und Kommunisten über (...) die prinzipielle Gegensätzlichkeit ihrer Standpunkte hatte hinwegsehen lassen?« (S. 254) Bald gab die Geschichte darauf eine bejahende Antwort, — die aber nicht hinzunehmen war, weil Markovs Warnung gültig blieb: Zwar wird der Faschismus »in dieser seiner Erscheinungsform« nicht wiederkehren, doch sind seine Wachstumsbedingungen keineswegs beseitigt, und »Bedingungen für eine Neuauflage unter anderem Firmenschild« könnten auch »neu geschaffen werden« (S. 258). – Dies hätte ein »Arbeitsbuch zum Schauen, Lesen, Weiterdenken« (S. 9) doch wohl aktualisieren müssen. Dafür liefert es aber lediglich Stichworte: Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und die »Wiederbelebung des Antikommunismus« als »Anti-PDS-Hysterie« (S. 43).

Wie für den oben zitierten, so ist den Hrsg. für viele der von ihnen zusammengetragenen Texte zu danken. Von den 488 Seiten dieses Buches haben sie ungefähr 360 der kommentierten Dokumentation eingeräumt. Sie präsentieren Interviews mit Heinrich Fink, Harald Hauser, Christine Ostrowski, Hans Modrow, Heinz Putzrath und Karl Schirde- wan – jeweils mit biographischen und Literaturangaben. Neben Markov gehören Richard von Weizsäcker, Ralph Giordano, Friedrich Schorlemmer und Wilhelm Girnus zu den Autoren hier nachgedruckter Texte. Dokumentiert und diskutiert wird u.a. die Auflösung der

VVN durch das SED-Politbüro, illustriert und kommentiert die Geschichte der Gedenkstätten in Buchenwald und Bad Salzungen, vorgestellt werden auch andere Zeugnisse bildender Kunst...

Etwas weniger an Material wäre bei besserer Auswahl mehr gewesen. Wenn die Herausgeber der PDS besonderes Interesse entgegenbringen, wie schon vermuten läßt, was sie auf S. 5f. »An Stelle eines Mottos« anbieten, warum dokumentieren sie dann keine parteioffizielle Stellungnahme? Einschlägige Zitate aus Programm und Statut hätten nur eine Seite gebraucht. Und warum ist im langen Vorwort zur Bibliographie die PDS-Arbeitsgemeinschaft »Rechtsextremismus/Antifaschismus« nicht einmal erwähnt? (Vgl. S. 431 u. 438!)

Das Selbststudium, zu dem die Hrsg. einladen, haben sie schlecht vorbereitet. Schon die Gliederung des Bandes bereitet Verständnisschwierigkeiten, so z.B., wenn Siegfried Wolfs Auskünfte über die »Wilhelm Hammann«-Namensgebung als Interview eingeordnet (S. 248-253) und nicht den damit erläuterten Briefen (S. 405-407) beigegeben sind. Und wie soll der Leser von den »Denkzetteln« auf S. 5f. zur Erklärung auf den S. 370-373 hinfinden, wie von der Abbildung auf S. 21 zu den Quellen- und Literaturangaben auf S. 394f.? Womöglich hätte da ein Sachwortverzeichnis geholfen, eher jedenfalls als das Personenregister. Vollends verwirrend kommen die Anmerkungen daher: markiert mal mit Sternchen, mal mit hochgestellten, mal mit eingeklammerten Ziffern, mal schlicht mit »Weiterlesen« überschrieben. Welche Hinweise der Leser wo suchen soll und finden kann, ist für ihn unabsehbar. Und was die Suche noch erschwert: Das Buch ist ungewöhnlich schlecht gesetzt. Hingegen bleibt die Anzahl schlichter Schreib- oder Druckfehler im Bereich des neuerdings Üblichen: Sie ist groß. Dennoch empfehle ich das Buch: seines Gehalts wegen dem politisch oder historisch interessierten Leser, der Gestaltung wegen, nämlich zu gründlicher Revision, den Hrsg. sowie dem Verlag.

JOCHEN CERNY

Die Russische Revolution 1917. Wegweiser oder Sackgasse?

Hrsg., eingel., komment. u. übers.
von W. Hedeler, H. Schützler und
S. Striegnitz,
Dietz Verlag Berlin 1997,
447 S. (38,00 DM)

Diese Publikation nimmt im Rahmen der Veröffentlichungen zum 80. Jahrestag der revolutionären Ereignisse 1917 in Rußland einen besonderen Platz ein. *Erstens* enthält der Band zehn Aufsätze deutscher und russischer Historiker, *zweitens* 123 wichtige Dokumente über die russische revolutionäre Bewegung aus dem Zeitraum vom Februar 1917 bis zum Januar 1918, die überwiegend erstmals in deutscher Sprache veröffentlicht wurden und es erlauben, die damaligen Vorgänge originärer zu erfassen. *Drittens* gibt der Band einige Denkanstöße und Antworten auf die in der Vergangenheit oft äußerst konträren, auch einseitigen Ansichten über die Russische Revolution 1917 und regt schließlich zu neuen Überlegungen, Forschungen und Darstellungen an.

So werden in den Aufsätzen von H. Bock, R. A. Medwedew, P. W. Wolobujew, W. P. Buldakow, W. Hedeler, W. L. Telizyn, S. Striegnitz, H. Klein, K. Kinner und H. Schützler solche Fragen aufgeworfen, wie für diesen Zeitraum das Verhältnis von Demokratie und Sozialismus neu zu bewerten ist, welche Alternativen zum bewaffneten Aufstand der Bolschewiki bestanden, ob die Revolutionäre des Jahres 1917 legitim handelten, welchen Faktor die Gewalt von »unten« und »oben« darstellte, wie die Rolle der bürgerlichen und kleinbürgerlichen, der sozialdemokratischen und sozialrevolutionären Kräfte und Parteien, der Komitees, Sowjets und anderer Vertretungskörperschaften unter neuen Fragestellungen zu sehen ist.

Über das welthistorische Ereignis von 1917 muß nach der historischen Niederlage des Sozialismus von 1989/90 gerade von linken Historikern eine Neubewertung vorgenommen werden, wozu der Band einen anregenden Beitrag leistet. Nicht zuletzt werden hier Überlegungen darüber angestellt, ob die »Oktoberrevolution« als eine verfrühte und daher zum

Scheitern verurteilte Revolution« (Roy Medwedew, S. 37), »als eine frühsozialistische Revolution« (H. Klein, S. 136) angesehen werden müssen, in welchem Maße die Bolschewiki und die von März 1917 bis Oktober 1918 an der Regierungsmacht beteiligten Sozialrevolutionäre bzw. Menschewiki (bzw. von Dezember 1917 bis März 1918 – die Linken Sozialrevolutionäre) eine demokratisch-sozialistische Alternativentwicklung Rußlands verhindert haben, inwiefern Rußland mit der Revolution von 1917 in der Lage war, »in die europäische Zivilisation einzutreten«, somit »ein revolutionärer Typ der Modernisierung« vollzogen werden konnte (Wolobujew/Buldakow, S. 56) und welche Fernwirkung die russische Revolution bis zur Gegenwart ausübt. In den Aufsätzen wird herausgearbeitet, daß das weltgeschichtlich bedeutsame Revolutionsjahr 1917 nicht erst mit dem Sturm auf das Winterpalais begann, die entscheidende Wende in der Geschichte Rußlands mit den revolutionären Vorgängen im Frühjahr 1917 eingeleitet wurde und der revolutionsgeschichtlich enge Zusammenhang von Februar und Oktober sowie die – wie auch immer zu bewertende – qualitative Weiterentwicklung in diesen Monaten gesehen werden muß. Ein roter Faden und ein bestimmendes Element der Jahre 1917/18 war die Krieg-Frieden-Frage, was vor allem H. Bock einleitend thematisiert.

H. Schützler stellt sich die schon wegen der komplizierten Quellenlage schwierige Aufgabe, die heutigen wichtigsten Ansichten und Denkstrukturen russischer Historiker über das Jahr 1917 zu analysieren, wobei er natürlich die widersprüchliche Meinungsvielfalt nur andeuten kann. Er gibt konkrete Hinweise auf einen Aspekt, der auch im vorliegenden Band etwas zu kurz kommt: die Ansätze im heutigen Rußland zur Neubewertung der damals führenden Personen auf allen Seiten des Geschehens. Die heute notwendige neue Sicht zeigt sich im vorliegenden Band auch bei der Auswahl der Dokumente, die nicht mehr allein den früher als »gesetzmäßig« dargestellten Siegeszug der Bolschewiki, sondern nun auch stärker die anderen demokratischen und sozialistischen alternativen Möglichkeiten nach dem Sturz des zaristischen Systems bezeugen, ohne damit die Ursachen für den

Sieg des Roten Oktobers in Frage stellen zu können.

Die meisten Autoren sind sich darüber einig, daß die Bolschewiki nach der politischen Machteroberung die Bündnisbreite sträflich verengten, anstatt angesichts der völlig neuen, Rußland verändernden Maßnahmen eine breite demokratisch-sozialistische Aktionsgemeinschaft zu entwickeln. Ihr theoretisch-politischer Ausschließlichkeitsanspruch und die Tendenz zum Sektierertum wirkten sich schließlich verheerend aus. Bestimmte Möglichkeiten für ein demokratisch-sozialistisches Bündnis ergaben sich unter anderem dadurch, daß die sozialistischen Parteien in der Konstituierenden Versammlung Anfang Januar 1918 über die Mehrheit der Abgeordneten verfügten (vgl. W. Hedeler, S. 77), ihre Auseinanderjagung also nicht zwingend war.

Da sich die Volksmassen Rußlands 1917 die politische Freiheit und die Waffen erobert hatten und »faktisch der gesamte Boden von den Bauern in Besitz genommen« worden war, erwies sich die Oktoberrevolution als ein »politischer Ausdruck der sozialen Explosion« (Telizyn, S. 87 ff., 91), die in einer solchen oder ähnlichen Breite in geordneten Bahnen weiterzuführen war. Aber mit den ersten, noch nicht einmal explizit sozialistischen Dekreten der Sowjetmacht und vor allem mit der »rotgardistischen Attacke auf das Kapital« (Lenin) begann ein von den Bolschewiki geführter Krieg von Millionen Armer und Ärmster (vgl. S. 44) gegen diejenigen in Rußland, die die frühere politische und militärische Macht, Geld und die Produktionsmittel besaßen oder noch darüber verfügten. Dieser Angriff rief deren bewaffneten Widerstand und militärische Interventionen fast der gesamten bürgerlichen Welt hervor, über die die Sowjetmacht schließlich nur deshalb unter großen Menschenopfern siegen konnte, weil große Teile der Volksmassen das 1917 Errungene verteidigte und führende Vertreter der Bolschewiki, insbesondere Lenin, auf neue Friedensverträge und den Übergang zur Neuen Ökonomischen Politik orientierten.

Einen wichtigen Schwerpunkt im Band stellen die Aufsätze von W. L. Telizyn über die revolutionäre Situation im russischen Dorf, von S. Striegnitz über die Partei der Sozialrevolutionäre (PSR), ihren Einfluß im Dorf, in

der Stadt und vor allem in der Armee und von W. Hedeler über die Kämpfe und Programme der russischen sozialistischen Parteien 1917 dar. Damit wurden Themen behandelt, die in der marxistisch-leninistischen Geschichtsschreibung mit dem oft verengten Blick auf die Führungsrolle der Arbeiterklasse und der Bolschewiki zumindest unterbelichtet waren, obwohl sich S. Striegnitz schon seit den achtziger Jahren als profunde Kennerin der PSR ausgewiesen hat. Sie analysierte hier insbesondere den III. Parteitag als einen Gipfelpunkt in der Entwicklung dieser Partei, die Rolle V. M. Tschernows, »des anerkannten Führers des linken Zentrums« der PSR, und zitierte dessen Vorahnung, daß »jene die Macht ergreifen werden, die die Kühnheit besitzen, sich zu bücken und sie aufzuheben« (S. 104 ff., 114). Hedeler macht die Polarisierung in den linken Parteien im Verlaufe des Jahres 1917 und »die Betonung des zunehmenden sozialistischen Elements« in ihren Programmen (S. 85) deutlich.

Das internationale Echo der Russischen Revolution in den Diskussionen und Wertungen der Austromarxisten wird von H. Klein und in der KPD von K. Kinner analysiert. Wie Rosa Luxemburg machten die Austromarxisten »frühzeitig auf den Verlust des demokratischen Wesens der sozialistischen Revolution«, auf den Wandel »zur Diktatur einer Partielite« aufmerksam (S. 116). Otto Bauer führte die dortige Entwicklung, den Charakter des Bolschewismus vor allem auf die besonders rückständigen Bedingungen Rußlands zurück, korrigierte sich aber zum Teil in den dreißiger Jahren, indem er die großen wirtschaftlichen Veränderungen in der UdSSR, den deutschen Faschismus und die Weltkriegsgefahr in Rechnung stellte, aber nach wie vor die mangelnde Demokratie in der Sowjetunion beklagte. K. Kautsky blieb in allen diesen Jahren ein erbitterter Gegner des gesamten sowjetischen Systems.

K. Kinner, der abschließend eine sehr selbstkritische Bilanz seiner eigenen Arbeiten zur Geschichte der politischen und ideologischen Verfaßtheit der KPD vornimmt, ist mit einem anregenden analytischen Beitrag über die Darstellung der Oktoberrevolution 1917 in der propagandistischen Tätigkeit der KPD zum 10. Jahrestag dieses Ereignisses vertre-

ten, der eine Möglichkeit zeigt, wie historische Vorgänge heute kritisch aufzuarbeiten sind.

Der besondere Wert des Bandes für den Leser kommt auch in der wechselseitigen Bezugnahme von Aufsätzen, veröffentlichten Dokumenten und dem beachtlichen wissenschaftlichen Anhang zum Tragen. Zum letzteren gehören eine Chronik der wichtigsten Ereignisse von 1917/18, eine Übersicht über die russischen politischen Parteien 1917, über die russischen Dumas von 1906 bis 1917, über die Zusammensetzung der russischen und sowjetischen Regierungen 1917/18, ein Quellen- und Literaturverzeichnis und ein wertvolles, 13-seitiges kommentiertes Personenregister, das leider keine Hinweise auf Seitenzahlen gibt. Natürlich bleiben wie in jeder Publikation auch einige Wünsche offen. So ist beispielsweise eine Analyse der brisanten Nationalitätenproblematik nur in dem Beitrag von W. P. Buldakow behandelt worden, während diese Thematik in anderen Beiträgen zu wenig beachtet wird. Aber insgesamt vermittelt dieser Band neue Sichten und vielseitige Anregungen zur weiteren historiographischen Auseinandersetzung und Aufarbeitung solcher Ereignisse wie der russischen Revolution von 1917.

CLAUS REMER